„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 12. | Berlin, 21. März 1930. | 11. Jahrg.

Hindenburg für schnelle Hilfe „für die Wiederaufrichtung des zusammenbrechenden Ostens“

Unterzeichnung des Youngplans und des deutsch-polnischen Finanzabkommens durch den Reichspräsidenten. Zwei wichtige Erlasse Hindenburgs.

Reichspräsident von Hindenburg hat den Youngplan sofort nach seiner Annahme durch Reichstag und Reichsrat am 13. März unterzeichnet, dagegen nicht die Liquidationsabkommen, und zwar hauptsächlich der Bedenken wegen des Liquidationsabkommens mit Polen. Er hat zunächst die im Reichstage viel umstrittene Frage, ob dieses Abkommen verfassungsändernd sei, noch einmal nachgeprüft und sich darüber am 17. März in Gegenwart des Reichskanzlers vom Justizminister Guerard und von den Staatssekretären Joel (Justizministerium), Zweigert (Reichsinnenministerium), sowie von Ministerialdirektor Gaus (Auswärtiges Amt) Vortrag halten lassen. Dabei sind natürlich auch die drei Gutachten berücksichtigt worden, die wir in Nr. 7 des „Ostlands“ erwähnt haben, die erstattet sind von den Herren Reichsgerichtspräsident Simons, Geheimrat Triepel und Professor Dr. Kaufmann, und die den ursprünglichen Text der Vorlage für verfassungsändernd erklärten. Die erwähnten Vertreter der Reichsministerien vertraten dagegen den Standpunkt, daß das Polenabkommen in seine jetzigen Form nicht verfassungsändernd ist und daher im Reichstage, in dem es bekanntlich eine schwache Mehrheit (19 Stimmen) gefunden hat, nicht mit $^2/_3$-Mehrheit angenommen zu werden brauchte. Die erwähnten Verfasser der Gegengutachten sollen ihre Bedenken zurückgestellt haben, nachdem das Gesetz hinsichtlich der Frage der Entschädigungen durch das von uns im Wortlaut mitgeteilte Kompromiß der Regierungsparteien geändert worden ist. Hindenburg hat sich nach diesen Vorträgen noch eine Bedenkzeit vorbehalten und am **18.** dann das Polenabkommen ebenfalls unterzeichnet, wenn auch wie er selbst betont hat, schweren Herzens. Nach der Unterzeichnung des Polenabkommens ist das folgende

Schreiben Hindenburgs an den Reichskanzler wegen der Ostfragen

ergangen:

Berlin, 18. März.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Aus dem gestrigen Vortrag des Herrn Reichsjustizministers und der mit ihm bei mir erschienenen Herren habe ich die Überzeugung gewonnen, daß gegen das vom Reichsrat verabschiedete Zustimmungsgesetz zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen verfassungsrechtliche Bedenken nicht bestehen.

Ich habe gelegentlich des mir erstatteten Berichtes auch Kenntnis davon genommen, daß Rechtsgutachter, welche die Regierungsvorlage als verfassungsändernd ansahen, jetzt ihre Bedenken als behoben erachten, nachdem der Reichstag in der **Entschädigungsfrage** eine von der ursprünglichen Vorlage abweichende Regelung beschlossen hat.

Demgemäß habe ich nunmehr das Gesetz über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teiles X des Vertrages von Versailles ausgefertigt und zur Verkündung an das Reichsgesetzblatt weitergeleitet.

Bei dieser Entscheidung habe ich den von einer starken Minderheit des Reichstages gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen erhobenen Widerspruch durchaus gewürdigt; insbesondere verstehe ich die im notleidenden Osten unseres Vaterlandes gegen dieses Gesetz und das bevorstehende deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vorhandenen Widerstände.

Das Liquidationsabkommen hat in erster Linie zum Ziel, die deutschen Stammesgenossen jenseits unserer Grenzen auf ihrer Scholle und in ihrer Existenz zu erhalten. Ich will hoffen, daß dieses Ziel durch den neuen **Vertrag voll erreicht wird.**

Aber in Verbindung hiermit erwächst uns die Pflicht, unseren Ostpreußen und den anderen Brüdern im deutschen Osten in ihrer Not, die auf das höchste gestiegen ist, zu helfen und auch ihnen den Acker, von dem sie leben, zu bewahren. Daß auch hier rasch und tatkräftig gehandelt wird, muß ich in dieser Stunde, in der ich trotz mancher Bedenken auch dieses Gesetz ausfertige, von der Reichsregierung nachdrücklich verlangen.

In meiner Kundgebung vom 13. März habe ich mich dahin ausgesprochen, daß der politische Kampf der letzten Monate nun einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen muß. Für diese praktische Arbeit eröffnet sich hier ein ganz besonders bedeutsames Gebiet. **Zunächst ist erforderlich, daß die zur Zeit zur Beratung stehenden Agrarmaßnahmen, die der gesamten Landwirtschaft zugute kommen sollen, aber für den Osten besonders lebensnotwendig sind, mit aller Beschleunigung und in einem Umfange durchgeführt werden, der der Landwirtschaft in allen ihren Betrieben, den großen wie den bäuerlichen, für die Dauer die Lebensfähigkeit wiedergibt.**

Diese allgemeinen Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft werden aber für den verzweifelt um seine Existenz ringenden Osten allein nicht ausreichen. Für den Osten muß, beginnend mit den besonders gefährdeten Gebieten, noch eine wirksame finanzielle Hilfsaktion hinzutreten.

Viele landwirtschaftliche Betriebe, Güter wie Bauernhöfe, sind in einem Grade überschuldet, und mit so hohen Zinsleistungen belastet, daß es ihnen unmöglich ist, aus den Erträgnissen auch nur die Zinsen aufzubringen und aus eigener Kraft die Überschuldung und damit den Verlust der Scholle abzuwehren. **Hier müssen große Mittel bereitgestellt werden, um den Eigentümern Zuschüsse zu den übermäßig hohen Zinssätzen zu geben, ihnen die Umschuldung zu ermöglichen und den Besitz zu erhalten, der die Grundlage für die Existenz fast der gesamten Bevölkerung des Ostens ist. Geschieht dies nicht, dann ist der Zusammenbruch vieler Landwirte und die Abwanderung zahlreicher Menschen aus dem Osten unaufhaltbar.**

Ich weiß wohl, daß es bei der schlechten Finanzlage des Reiches schwer ist, die hierfür erforderlichen erheblichen Mittel aufzubringen; aber die unmittelbare Not, die den deutschen Osten in seiner Gesamtheit bedroht, zwingt dazu diese Summen zu beschaffen. Ein Teil derselben wird, so nehme ich an, aus den gesteigerten Erträgnissen, welche die erhöhten Zölle einbringen, verfügbar gemacht werden können.

Soweit dies nicht ausreicht, erscheint es mir ein gerechter Ausgleich, wenn weitere Mittel aus der Industriebelastung, deren schrittweiser Abbau im Finanzprogramm der Reichsregierung vorgesehen ist, dadurch entnommen werden, daß der Abbau der Industrieabgabe im Tempo verlangsamt und im Ausmaß gemindert wird.

Die in den letzten Jahren abgeschlossenen Handelsverträge und das gestern zwischen Deutschland und Polen paraphierte neue Wirtschaftsabkommen haben, um der deutschen Industrie neue Absatzmöglichkeiten zu verschaffen, der Landwirtschaft durch Zulassung der Einfuhr von Agrarerzeugnissen große Opfer auferlegt und in weiten Kreisen gerade im Osten die Meinung einer absichtlichen Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Lebensinteressen aufkommen lassen.

Es erscheint mir billig und gerecht und auch zur Beseitigung dieser Mißstimmung geeignet, wenn nun in diesen Notjahren der Landwirtschaft von der Industrie ein gewisser Ausgleich gewährt wird und dies in der Weise geschieht, daß alljährlich, etwa auf die Dauer der

nächsten fünf Jahre, aus der Industriebelastung Beträge für landwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Es ist in der letzten Zeit viel über die Verbundenheit der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion gesprochen und geschrieben worden; hier ist ein Gebiet, wo sich diese Verbundenheit praktisch betätigen und nicht nur zur Sanierung der produktiven landwirtschaftlichen Betriebe, sondern auch zu allgemein wirtschaftlichen Zwecken, nämlich zur Stärkung des Binnenmarktes und zur Besserung unserer Handelsbilanz, beitragen kann.

Aus Besprechungen, die ich in der letzten Zeit mit einzelnen Führern der deutschen Industrie hatte, habe ich den Eindruck gewonnen, daß dieser Gedanke der Verbundenheit und des Ausgleichs auch in der Industrie — trotz eigener Sorgen und trotz der Klagen über die hohen die Produktion bedrückenden Lasten — Verständnis findet.

Im Hinblick auf die Stellung, welche die Reichsverfassung dem Reichspräsidenten einräumt, will und kann ich hier nicht ein genau umrissenes Programm und einen bestimmten Weg festlegen. Aber es ist mir eine Gewissenspflicht, die Reichsregierung eindringlich aufzufordern, mit aller Beschleunigung

auf solcher Grundlage ein Ostprogramm aufzustellen

und es nach seiner Verabschiedung durch die gesetzgebenden Körperschaften **gemeinsam mit Preußen durchzuführen.** Bei der Durchführung der Hilfsmaßnahmen im einzelnen halte ich es für geboten, die Mitarbeit der landwirtschaftlichen Vertretungen und Vertrauensstellen der Ostprovinzen selbst mit einzuschalten.

Nachdem die seit langem schwebenden außenpolitischen Fragen nunmehr ihre gesetzliche Regelung gefunden haben, muß neben der Sanierung unserer Finanzen nun entschlossen an die

Gesundung unserer Landwirtschaft und an die Wiederaufrichtung des zusammenbrechenden Ostens

herangezogen werden. Nur in der bestimmten Erwartung, daß dies geschieht, habe ich **meine Bedenken gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und das gestern paraphierte deutsch-polnische Handelsabkommen zurückzustellen vermocht** und dem Gesetz meine Unterschrift geben können.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung und mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr ergebener von Hindenburg

Wie das „Wolfsche Telegraphenbureau" offiziös mitteilt, begrüßt die Reichsregierung das Schreiben, das der Reichspräsident an den Reichskanzler gerichtet hat, mit besonderer Genugtuung. Man sieht in amtlichen Kreisen in dem Schreiben einer wertvolle Unterstützung der Schritte zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft besonders im östlichen Deutschland, die die Reichsregierung in letzter Zeit unternommen hat und die in den letzten Tagen zu einer weitgehenden Verständigung der Regierungsparteien über die sofort zu ergreifenden gesetzgeberischen Maßnahmen geführt haben.

*

Hindenburg und die Ostfragen.

Der Standpunkt des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, der in obigem Schreiben zum Ausdruck kommt, entspricht genau demjenigen, den die Leitung des Deutschen Ostbundes zu der Frage des deutsch-polnischen Abkommens eingenommen und den die Bundesversammlung durch die fast einmütige Annahme der von Herrn Dr. Hoffmeister vorgeschlagenen Entschließung geteilt hat. Herr von Hindenburg betont, daß er gegen das Abkommen die allerschwersten Bedenken hat und er diese nur unter gewissen Voraussetzungen überwinden konnte. Die Bedenken bestanden einmal in dem Zweifel, ob die bekannten Rechtsgutachten hochstehender Rechtslehrer, daß das Polenabkommen verfassungsändernd sei und daher nur Geltung haben könnte, wenn der Reichstag es mit Zweidrittel-Mehrheit annehme, nicht doch zutreffend seien. Diese Bedenken sind bei Hindenburg erst beseitigt worden durch die von den Regierungsparteien herbeigeführte neue Fassung in der Entschädigungsfrage, durch die gesagt wird, daß die zu entschädigenden Personen genau so abgefunden werden sollen, als wenn sie ihre Entschädigung auf Grund von Entscheidungen des deutsch-polnischen Schiedsgerichts erhalten hätten. Wir nehmen an, daß der Herr Reichspräsident sich vom Herrn Reichskanzler eine Gewähr dafür hat geben lassen, daß die dehnbare Kompromißformel des Abkommens von der Regierung im Sinne einer tatsächlichen Vollentschädigung ausgelegt wird. Die juristischen Sachverständigen der Regierung hatten auch den Regierungsentwurf für verfassungsmäßig erklärt; darin wäre Hindenburg ihnen wahrscheinlich nicht gefolgt.

Aus dem Wortlaut des Schreibens geht aber ganz klar hervor, daß darüber hinaus Herr von Hindenburg auch weitergehende Bedenken gegen das Polenabkommen gehabt hat. Diese Bedenken werden vermutlich annähernd dieselben sein, die wir hatten, die aus der ostmärkischen Bevölkerung heraus immer wieder eindringlich zur Geltung gebracht worden sind und die auch bei der parlamentarischen Behandlung des Abkommens eine große Rolle gespielt haben. Herr von Hindenburg erklärt, daß er über diese Bedenken nur dadurch hat hinwegkommen können, daß er erstens sich klar darüber war, in welchem Ausmaße das Abkommen den Deutschen in den uns entrissenen Ostgebieten zugute kommen soll, und daß er ferner von der Reichsregierung verlangen muß, daß die politischen und wirtschaftlichen Folgen, die das Liquidationsabommen mit Polen und der deutsch-polnische Handelsvertrag für den deutschen Osten haben müssen, gemildert, wenn nicht gar beseitigt werden durch Aufstellung eines großzügigen Ostprogramms, durch schnellste Hilfe für die ostdeutsche Landwirtschaft wie für die deutsche Landwirtschaft überhaupt, und darüber hinaus durch eine besondere Osthilfe, die den drohenden Zusammenbruch des Ostens und seine Entvölkerung aufhält. Genau so sind in den Reden unseres Bundespräsidenten Ginschel in unserer letzten Bundesversammlung und in der von ihr gefaßten Entschließung die Bedenken gegen die Polenverträge in schärfster Weise noch einmal in den Vordergrund gestellt worden. Es ist dann verlangt worden, daß diese Abmachungen kein verkapptes Ost-Locarno darstellen sollen, ein Punkt, den Herr von Hindenburg aus begreiflichen Rücksichten nicht ausdrücklich erwähnt, an den er aber sicher, wie man zwischen den Zeilen lesen kann, gedacht hat. Und es wird in unserer Entschließung vor allem auch eine sofortige Osthilfe auf Grund eines großzügigen Ostprogramms verlangt, um die Wirkungen der Polenverträge abzuschwächen oder auszugleichen. Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg danken wir auf das wärmste dafür, daß er sich so nachdrücklich für eine schnelle und gründliche Osthilfe einsetzt.

Wenn Herr von Hindenburg betont, daß das deutsch-polnische Finanzabkommen in erster Linie den Zweck habe, dem Deutschtum im abgetretenen Gebiet zu nützen, so gibt er im Anschluß daran der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Erfolg tatsächlich auch eintreten werde. Er deutet damit in vornehmster Form die Zweifel an, die darüber in weiten deutschen Kreisen bestehen. Außerdem aber soll diese Stelle seines Erlasses wohl zugleich einen Hinweis an die deutsche Reichsregierung bilden, genau zu kontrollieren, ob die Polen das Abkommen in diesem Punkte tatsächlich auch loyal einhalten und durchführen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß dieses Abkommen der deutschen Reichsregierung in ganz anderem Maße als bisher das Recht gibt, in den im Abkommen berührten Punkten sich der Interessen der Deutschen jenseits der Grenze anzunehmen. Wollte sie das bisher tun, so mußte sie immer damit rechnen, daß die polnische Regierung das für eine unzulässige Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten Polens ansah. Jetzt aber hat die deutsche Reichsregierung das Recht, wenigstens in der Frage der Erhaltung des deutschen Grundbesitzse darauf zu bestehen, daß das Abkommen von polnischer Seite gehalten und daß es nicht umgangen oder durch schikanöse Maßnahmen wirkungslos gemacht wird.

*

Ein Hindenburg-Erlaß an das deutsche Volk

ist unverzüglich nach der Unterzeichnung des Neuen Plans veröffentlicht worden und soll laut Beschluß des Reichstages im ganzen Lande öffentlich angeschlagen werden. Er lautet:

„Während des Kampfes um Annahme oder Ablehnung des Youngplans sind mir von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen viele Hunderte von Zuschriften zugegangen, die, von Sorgen für die Zukunft unseres Vaterlandes erfüllt, mich in dringenden Worten baten, **das Zustandekommen des Youngplans durch die Weigerung meiner Unterschrift unter die Gesetze und Ratifikationsurkunden zu verhindern.** Da ich mich mit allen denen, die sich teils mit kurzen Protesten, teils mit langen Ausführungen an mich gewandt haben, nicht einzeln auseinandersetzen kann, gebe ich nachstehend meine Antwort auf diesem Wege:

Schweren, aber festen Herzens habe ich nach reiflicher, gewissenhafter Prüfung die Younggesetze mit meinem Namen unterschrieben. Nach Anhörung von Befürwortern und Gegnern des Planes, nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider bin ich zur Überzeugung gelangt, daß trotz der schweren Belastung, die der Neue Plan dem deutschen Volke auf lange Jahre hinaus auferlegt, und trotz der großen Bedenken, die gegen manche seiner Bestimmungen erhoben werden können, der Youngplan im Vergleich zum Dawesplan eine Besserung und Entlastung darstellt und wirtschaftlich und politisch einen Fortschritt auf dem schweren Wege der Befreiung und des Wiederaufbaues Deutschlands bedeutet. Zu einer Ablehnung konnte ich mich im Gefühl meiner Verantwortung für Deutschland und seine Zukunft nicht entschließen, da die Folgen einer solchen für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen unabsehbar sein und schwere Krisen mit allen ihren Gefahren für unser Vaterland bringen würden. Ich bin mir durchaus bewußt, daß auch die Annahme des Youngplans uns nicht von allen Sorgen für die Zukunft befreit; aber ich glaube trotzdem zuversichtlich, daß der nunmehr eingeschlagene Weg, der dem besetzten deutschen Gebiete die langersehnte Freiheit und uns allen die Erwartung weiterer Fortschritte gibt, sich als der richtige erweisen wird.

Viele der Zuschriften haben in wohlmeinender Absicht an mich persönlich die Bitte gerichtet, meinen, des früheren Heerführers, Namen nicht dadurch vor der Geschichte zu verdunkeln, daß ich mit ihm diese Gesetze decke. Hierauf erwidere ich: Ich habe mein Leben in der großen Schule der Pflichterfüllung, in der alten Armee, verbracht und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person meine Pflicht gegenüber dem Vaterlande zu tun. Deshalb hatte bei meiner Entscheidung jeder Gedanke an mich selbst vollständig zurückzutreten. So konnte auch der Gedanke, durch einen Volksentscheid oder meinen Rücktritt die Verantwortung vor mir abzuschieben, bei mir nicht Boden fassen.

Der parlamentarische Kampf um die Younggesetze ist mit deren Verkündung im Reichsgesetzblatt zu Ende; damit muß nun auch im deutschen Volke der Streit um diese Frage beendet sein, der so viel neue Gegensätze hervorgerufen und die von mir von jeher so schmerzlich empfundene Zerrissenheit in unserem schwer geprüften Vaterlande stark erweitert hat. Ich richte daher an alle deutschen Männer und Frauen die ernste Mahnung, sich ihrer Pflichten gegenüber dem Vaterlande und der Zukunft der Nation bewußt zu sein und sich nun endlich unter Überwindung des Trennenden und Gegensätzlichen zusammenzufinden in gemeinsamem Wirken für unsere Zukunft, in der es wieder ein freies, gesundes und starkes deutsches Volk geben soll. Die politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe der letzten Monate müssen nunmehr einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen, welche die Gesundung unserer Finanzen, die Belebung unserer gesamten Wirtschaft und damit die Beseitigung der ungeheuren Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die Linderung der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft und die Wiederherstellung ihrer Rentabilität zum Ziele haben muß. Ich habe der Reichsregierung die Erledigung dieser Arbeit in einem Schreiben an den Herrn Reichskanzler vom heutigen Tage zur Aufgabe gestellt und fordere hiermit gleichzeitig alle Deutschen auf, sich über die Grenzen der Parteien hinaus zur gemeinsamen Mitarbeit die Hände zu reichen.

Vor bald 60 Jahren habe ich bei der Reichsgründung den Jubel miterlebt, der das gesamte deutsche Volk über seine endlich erreichte Einigung beseelte; ich kann mir nicht denken, daß dieser Geist dahingeschwunden ist und dauernder innerpolitischer Zwietracht Platz gemacht hat. Wir müssen uns trotz und wegen der Not der Zeit auf uns selbst besinnen und wieder eins werden in dem Gedanken: Deutschland über alles!"

Der Erlaß entspricht der ganzen Einstellung Hindenburgs, der sich auch damit wieder als der über den Parteien stehende Ekkehard des deutschen Volkes betätigt. Daß der leidenschaftliche Streit um den Tributplan nun zu Ende gehen werde, wird Hindenburg selbst kaum erwartet haben. Er wirft vielmehr neue hohe Wogen und geht leider nun auch um die Person Hindenburgs, dem die Gegner des Tributplans dessen Unterzeichnung zum Vorwurf machen und dem sie ferner vorwerfen, daß er auch das Finanzabkommen mit Polen unterzeichnet und seine Bereitwilligkeit, auch den Handelsvertrag mit Polen nach seiner Annahme durch den Reichstag zu unterschreiben, die grundsätzlich in dem obigen Schreiben ja schon ausgesprochen ist, erklärt hat. Hindenburg sind diese Vorwürfe zweifellos sehr nahe gegangen, um so mehr als sie aus Kreisen stammen, die in ihrem Denken und Empfinden ihm sonst nahe stehen. Die beiden obigen Erlasse zeigen daher das Bedürfnis, sich denjenigen gegenüber, die gewissermaßen an seiner Führung irre geworden sind, über die Motive seines Handelns klar auszusprechen. In weiten Kreisen wird man Verständnis haben für das schwere Los, das Hindenburg durch die Unterzeichnung des Neuen Plans und seiner Anlagen zugefallen ist, eine Rolle, der er sich trotz seiner Jahre nicht entzogen hat durch die von ihm angedeuteten Auswege, daß er entweder von seinem Amte zurücktrat oder die Verantwortung dadurch, daß er ein neues Volksbegehren ausschrieb, von sich abwälzte. Das sollte nach Gebühr gewürdigt werden.

Mißverständnisse.

Äußerungen über das Verhältnis der Deutschen, die polnische Staatsangehörige geworden sind, zum polnischen Staat, hüben und drüben gefallen, haben in letzter Zeit viel böses Blut gemacht. Die Erregung, die sie hervorgerufen haben, ist dadurch gesteigert worden, daß man sie in entscheidenden Punkten mißverstanden hat. In der reichsdeutschen und polnischen Presse erschien ein Bericht über die letzte Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius im Reichstage zum Polenabkommen, wonach Dr. Curtius gesagt haben sollte, daß „vieles zu erreichen sein wird durch ein vorsichtiges Verhalten seitens der deutschen Ansiedler und der deutschen Minderheit gegen den polnischen Staat", er habe dann eben diese Deutschen ersucht, „sich nicht feindlicher Akte gegen den polnischen Staat schuldig zu machen". Also hat sich das Deutschtum in Polen feindlicher Handlungen gegen den polnischen Staat schuldig gemacht, sagten polnische Blätter, wie z. B. der Krakauer „Illustr. Kurj. Codzienny". Darob größte Erregung unter den Deutschen vor allem jenseits, aber auch diesseits der Grenze. Die sonst sehr besonnen geleitete Bromberger „Deutsche Rundschau" schrieb am Schluß eines längeren Artikels in heller Empörung:

„Der deutsche Außenminister wird als Kronzeuge im Kampf gegen die deutsche Minderheit in Polen aufgerufen. Wahrlich, solche Wendung hatten wir uns nicht erträumt. Wenn Herr Zaleski, der Außenminister unseres Staates, solche durch nichts begründete Ermahnungen an uns richtete, dann haben wir uns erlaubt, als polnische Staatsangehörige den Vorwurf, der in diesen Worten verborgen liegt, zurückzuweisen. Jetzt protestieren wir als Deutsche gegen die Erklärung eines deutschen Außenministers, in der die Möglichkeit als denkbar hingestellt wird, daß wir uns in Zukunft nicht vorsichtig dem übergeordneten Staat gegenüber verhalten könnten, gegen eine Erklärung, die eine Warnung vor feindlichen Akten für geboten hält. Ein solches Wort haben wir vor Gott und der Geschichte wahrhaftig nicht verdient."

Die deutsche Fraktion im polnischen Sejm griff alsbald vermittelnd ein. Sie erklärte: „Uns liegt der authentische Wortlaut der Rede des Herrn Reichsaußenministers vor, wie er im „Reichsanzeiger" veröffentlicht ist. Der Minister schildert zunächst, was bezüglich des Wiederkaufsrechts erreicht ist, und fährt dann fort:

„Was noch fehlen sollte, das muß ergänzt werden durch Wirtschaftsberatungen, durch genossenschaftliche Hilfe, aber auch — lassen Sie mich das jetzt offen sagen — durch vorsichtiges Verhalten seitens der Ansiedler gegenüber dem polnischen Staat, damit sie sich nicht solcher feindseligen Akte gegen den polnischen Staat schuldig machen, die nach dem polnischen Vorbehalt die Ausübung des Wiederkaufsrechtes nach sich ziehen würde."

Der Minister stellt also zunächst fest, daß polnische Vorbehalte zur Ausübung des Wiederkaufsrechtes gemacht sind und daß „diese Vorbehalte bei feindlichen Akten in Kraft treten. Daß unsere Ansiedler sich jemals weder feindlicher Akte schuldig gemacht haben, noch in Zukunft das tun werden, ist eine Selbstverständlichkeit, die eigentlich nicht erst ausgesprochen zu werden brauchte.

Die Deutsche Fraktion hält es für im allgemeinen Interesse liegend, daß der obige tatsächliche Wortlaut der Rede des deutschen Außenministers von der Presse berichtigend gebracht wird und damit der entstellte Wortlaut und daraus entsprungene irreführende Mißdeutungen beseitigt werden."

Die Angelegenheit ist damit scheinbar in Ordnung. Und doch nicht ganz. In Polen legen die Gerichte nämlich den Begriff „Handlungen gegen den Staat" sehr weit aus. Wenn ein Deutscher, der nicht polnisch kann, nicht schnell genug polnisch lernt, wenn der Besitzer eines Wagens seinen deutschen Vornamen nicht in polnischer Form auf dem Wagenschild anbringt, oder wenn jemand die deutschen Vornamen seiner Kinder nicht polnisch ins Standesamts- und Taufregister eintragen lassen will, dann bekundet er damit eine Abneigung gegen die polnische Sprache und nach Meinung der Polen somit auch gegen den polnischen Staat. Wenn ein deutscher Redakteur oder ein anderer Deutscher in Polen eine Tatsache in der Öffentlichkeit wiedergegeben hat, die gar nicht bestritten werden kann, die aber eine Kritik öffentlicher Zustände in Polen oder polnischer Behörden darstellt, so erblickt darin, wie in zahlreichen Presse- und sonstigen Prozessen erwiesen ist, das polnische Gericht eine Handlung gegen den polnischen Staat. In dieser viel zu weitgehenden Auslegung dieses Begriffes besteht die Gefahr, daß die unteren Behörden in Polen es einzurichten verstehen, daß deutschen Ansiedlern gegenüber wegen angeblicher Vergehen gegen den Staat das Wiederkaufsrecht doch ausgeübt wird. Wäre Herr Dr. Curtius, der der Pfalz entstammt, nicht ein Sohn des Westens, sondern ein Ostmärker, so würde er seine Worte, die einen so großen Sturm der Entrüstung entfacht haben, sicher anders gewählt haben. Er würde dann voraussichtlich betont haben, daß die Polen die erwähnte Praxis haben, daß dadurch die Durchlöcherung des Abkommens möglich sei und daß er deshalb an die polnischen Behörden das dringende Ersuchen richten müsse, das Abkommen loyal durchzuführen und nicht etwa deutsche Ansiedler zu prellen dadurch, daß auf die erwähnte Weise schikanös gegen sie vorgegangen wird. Im Effekt wäre die Auslassung in beiden Fällen auf dasselbe herausgekommen. Dadurch aber, daß er die Mahnung nicht an die polnischen Behörden gerichtet hat, sondern an die deutschen Ansiedler, denen er nahelegt, alles zu vermeiden, was zu einer Verurteilung wegen staatsfeindlicher Handlungen führen könnte, hat er in der Tat nicht nur psychologisch falsch gehandelt, sondern auch sachlich seine Mahnung an die falsche Adresse gerichtet und den Polen erneut Veranlassung gegeben, unter der üblichen Verdrehung des Sachverhaltes den Deutschen in Polen staatsfeindliches Verhalten zu unterstellen. Die politische Behandlung des Nationalitätenkampfes ist eben ein außerordentlich schwieriges und delikates Gebiet. Wer diese Dinge nicht genau beherrscht, läuft immer Gefahr, daneben zu greifen oder mißverstanden zu werden, und tut daher gut, sich größter Vorsicht zu befleißigen.

Nun ein Gegenbeispiel: Der deutsche bürgerliche Abgeordnete Will aus Lodz hat dieser Tage im Sejm in Warschau folgende Loyalitätsversicherung für die Deutschen abgegeben:

„Kommt es zum Kriege, so werden sich auch die Vertreter der polnischen Nation, die jenseits der Grenze eine polnische Minderheit bilden, ebenso in einer schwierigen Lage befinden wie wir. Die beste Methode wäre es also, einen solchen Krieg zu vermeiden. Sollte es aber dennoch zu einem Kriege kommen, in dem eine gewisse Minderheit in einer besonders schwierigen Lage wäre, so wird diese Minderheit ihre Pflicht gegenüber dem Staate höher stellen als die Zugehörigkeit zu einer gewissen Nationalität. (Beifall.) Sie wird schmerzenden Herzens mitgehen, jedoch ihre Pflicht gegenüber dem Staate nicht verraten." (Stürmischer Beifall.)

Selbst die „Vossische Zeitung" äußerte sich in einer kurzen Bemerkung ganz entsetzt über diese Auffassung. Ein Beweis dafür, daß der Verfasser dieser Bemerkung sich im Augenblick mehr von seinem Gefühl als von seinem Verstande leiten ließ. Ob es notwendig war, daß der Abgeordnete Will eine solche Erklärung im gegenwärtigen Zeitpunkt abgab, mag dahingestellt bleiben. Ein polnischer Abgeordneter hätte jedenfalls eine ähnliche Erklärung bezüglich der polnischen Bevölkerung im Reiche zugunsten Deutschlands

in der Vorkriegszeit nicht abgegeben. Daß inhaltlich diese Erklärung aber dem entspricht, was das Deutschtum drüben in gegebenem Falle **tun muß**, kann für denjenigen, der die Dinge kennt und sie nicht nach Schlagworten beurteilt, keinem Zweifel unterliegen. Das ist ja gerade das Tragische, daß man über zwei Millionen Deutsche in Polen unter das Joch der Fremdherrschaft gebeugt und dadurch die Möglichkeit solcher Lagen, wie Abgeordneter Will eine erwähnte, geschaffen hat. Diejenigen Deutschen, die drüben auf dem Posten geblieben sind und denen man das nicht hoch genug anrechnen kann, können sich einem solchen tragischen Schicksal nicht entziehen. Ihnen sind die Hände gebunden. Der Freiheitskampf für sie muß vom Reiche aus geführt werden, und zwar dadurch, daß mit allen Mitteln die friedliche Zurückgabe der uns geraubten Gebiete erstrebt und erkämpft wird. Sie hat von selbst auch die Befreiung der drüben wohnenden Deutschen zur Folge.

Der „Vorwärts“ (Abendausgabe 124) bemerkt zu der Willschen Äußerung: „Was werden unsere Nationalisten zu einer Politik der Deutschen in Polen sagen, die sich gegen jede Irredenta wendet und dem polnischen Staate Treue bis in den Tod schwört! Wir jedenfalls empfinden es als ein herabwürdigendes Schauspiel, daß ein deutscher Sejmabgeordneter mit dem Gedanken eines Krieges mit Deutschland spielt und ohne Not das Bekenntnis ablegt, daß er bereit sei, auf Volksgenossen zu schießen!“ — Darin hat der „Vorwärts“ so unrecht nicht. Was Will sagte, muß man an sich gelten lassen. Aber daß er's ohne Not sagte, ist in der Tat unverständlich.

Ein kurioser polnischer Verständigungsapostel.

Über die deutsch-polnischen Beziehungen sprach am 12. März im Senat in Warschau zu dem Haushalt des Ministeriums des Äußern der Regierungsparteiler Kamienicki. Er gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Beziehungen Polens zu Deutschland sich bessern möchten und daß man auf deutscher Seite das Streben nach einer Änderung der Grenzen fallen lassen möge. Der von Zaleski beschrittene Weg werde zum Ziel führen. Auch wenn der Versailler Vertrag nicht bestünde, würde Polens Recht auf das Gebiet von Pommerellen doch ein heiliges und unantastbares Recht sein. Die Zugehörigkeit Pommerellens zu Polen liege auf unverrückbarer Grundlage. Die polnische öffentliche Meinung begreife aber trotzdem die Notwendigkeit, alles zu tun, was an technischen Erleichterungen möglich sei, um die Trennung zwischen Ostpreußen und dem übrigen (polnischen) Reich weniger schmerzhaft zu gestalten. Weiterhin verfocht der Redner den Grundsatz des freien Baltischen Meeres, auf dem Polen keine Vorherrschaft einer einzelnen Macht zulassen könne.

Wenn Kamienicki den Wunsch auf Verbesserung der Beziehungen Polens zu Deutschland hat, so kann ihm das niemand verdenken, wenn er aber meint, sie könnte nur erreicht werden dadurch, daß Deutschland das Streben nach Abänderung seiner Ostgrenzen fallen lasse, und wenn er ferner glaubt, die Versöhnlichkeit der Deutschen dadurch fördern zu können, daß er Polens Recht auf das Gebiet von Pommerellen als ein heiliges und unantastbares proklamiert, unabhängig vom Versailler Vertrag, daß er weiter die Ansprüche Polens auf Ostpreußen andeutet, und daß er endlich die Vorherrschaft Polens auf dem Meere, insbesondere auf der Ostsee, als Dogma aufstellt, so ist das ein Beweis polnischer Verblendung, wie er schlimmer kaum noch gedacht werden kann.

Polnische Deutschenhetze.

Nach der Sejmsitzung am 14. März hat unter Vorsitz des nationalistischen Abgeordneten v. Trompczinski eine Sondersitzung der Abgeordneten der verschiedenen Parteien Posens, Pommerellens und Oberschlesiens in Warschau stattgefunden. Die Abgeordneten des Regierungsblocks haben jedoch aus prinzipiellen Gründen an dieser Konferenz nicht teilgenommen. v. Trompczinski hielt eine Rede, in der er gegen das Liquidationsabkommen und gegen das Niederlassungsabkommen in heftigen Worten Stellung nahm. Es müsse gefordert werden, daß in den drei Westwojewodschaften Schlesien, Posen und Pommerellen das Niederlassungsabkommen keine Gültigkeit habe. Diese Gebiete müßten in ihrer Gesamtheit als Grenzstreifen angesehen werden. — Nach einer Aussprache wurde ein Sonderausschuß gebildet, zu dem folgende Abgeordnete gewählt wurden: v. Trompczinski, Chondzynski, Korfanty, Kulerski und Baczkowski. Der Ausschuß soll die Sache weiter verfolgen.

v. Trompczinskis Haßgesang ist ja nicht neu. Er will, wie alle polnischen Nationaldemokraten in Posen und Westpreußen, die letzterwähnten Gebiete entdeutscht sehen und kämpft daher vor allem dagegen, daß den Deutschen in Verbindung mit dem Handelsvertrag das Niederlassungsrecht in Posen und Westpreußen zuerkannt wird. Nachdem aber das Liquidationsabkommen wie der Handelsvertrag unterschrieben sind, hat sein Vorgehen nur noch propagandistische Bedeutung.

Falsche polnische Behauptungen.

In einem Artikel, der unter der Überschrift „Der Militarismus und Nationalismus der deutschen Sozialdemokraten“ im „Dziennik Berlinski“ und im Beuthener „Katolik Codzienny“ veröffentlicht wird, finden sich wieder ein paar Proben von echt polnischer Verdrehung. Der Artikel führt als „klassisches Beispiel“ für „Deutschlands Verschwendung“ die Ausgaben für das Heer an. Es gäbe für seine 100 000 Mann 701 Million Mark aus, während Polen für militärische Zwecke bloß 831 Millionen Zloty ausgäbe, also die Hälfte von dem, was Deutschland an Heeresausgaben zahle, obwohl das polnische Heer zweimal größer sei. — Der Artikelschreiber fragt: „Was macht Deutschland mit dem Gelde, für das es ein Heer nicht von 100 000, sondern von 500 000 Mann erhalten könnte?“ Der Artikelschreiber vergißt, daß Polen die allgemeine Wehrpflicht hat, während diese Deutschland verboten ist und es ein Söldnerheer unterhalten muß, das selbstverständlich weitaus teurer ist.

Das Blatt betont ferner, daß im Reichshaushaltsplan 40 Millionen Mark „oder beinahe 100 Millionen Zloty“ als Hilfe für die Grenzgebiete eingesetzt sind, verschweigt aber, daß 20 Millionen davon für den Westen bestimmt sind, tut vielmehr so, als kämen alle 40 Millionen dem Osten zu Gute. Noch falscher ist die Behauptung, das Geld sei dazu bestimmt, „das polnische Element, das noch in Preußen verblieben ist, zu vernichten“. Wie will man das machen?! Nein, es ist dazu da, die deutsche Bevölkerung im Osten vor der Vernichtung zu bewahren!

Im übrigen betont das Blatt, daß die Ausgaben geleistet würden unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Müller-Franken, während die Sozialdemokratie früher gegen den Militarismus und gegen die Polenpolitik gewesen sei. Diese Tatsache hätte dem Blatt den Gedanken nahe legen sollen, daß es mit seinen Ausführungen auf falschem Wege ist.

Die staatliche Denkschrift über die Osthilfe.

Der Denkschrift der Landeshauptleute der sechs Ostprovinzen über die Not des Ostens ist eine im Auftrage der Reichsregierung von Herrn Universitätsprofessor Volz-Leipzig bearbeitete und im Verlage für deutsche Kulturbodenforschung in Leipzig erschienene Denkschrift über die uns im Osten drohenden Gefahren gefolgt, und am 14. März ist nun auch die Denkschrift des Reichsinnenministeriums, die im Benehmen mit der preußischen Regerung bearbeitet worden ist, fertiggestellt und dem Reichskabinett zugeleitet worden. Dieses hat sich in den letzten Tagen eingehend mit der Not des Ostens und den Forderungen der Denkschrift zu ihrer Abhilfe, sowie mit der Verteilung der im ganzen dafür in Aussicht genommenen 350 Millionen auf eine Reihe von 10 bis 12 Jahren befaßt. Die Denkschrift wird vorläufig noch geheim gehalten, so daß sich ein genauer Überblick über ihren Inhalt noch nicht geben läßt. Den vorläufigen Mitteilungen, die der Presse darüber gemacht worden sind, entnehmen wir folgendes:

Fest steht schon jetzt, daß von den 350 Millionen Mark Gesamtkosten des Ostprojekts für das erste Jahr 22 Millionen Mark bereitgestellt werden, und daß das große Programm in erster Linie den Verkehrsbauten, Hafenbauten, Wasserwegen gilt.

Wir hören weiter, daß die Bahnbauten in diesem Programm endlich ihrer Verwirklichung zugeführt werden, doch sind zu ihrer Durchführung erst noch die Verhandlungen mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft erforderlich. Auch hier wird sich das Reichsinnenministerium für tunliche Beschleunigung einsetzen, um so mehr, als ohne die Inangriffnahme der längst als dringlich anerkannten Grenzbahnen keine grundlegende Besserung der trostlosen Verkehrslage des deutschen Ostens gesichert erscheint.

„Die Zeit des Wartens für den deutschen Osten muß vorüber sein.“ Mit diesen Worten in der einleitenden Überweisungsschrift des Reichsinnenministeriums an das Gesamtkabinett ist schon jetzt der entscheidene Wille ausgesprochen, daß man sofort und noch in diesem Jahre mit der Durchführung des 10-Jahre-Programms beginnt.

Die Denkschrift lehnt sich im allgemeinen an die Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Damann an, die dieser in der Dezembersitzung des Reichstagsausschusses gemacht hat. In erster Linie steht die Beseitigung der Nachteile, die sich wirtschaftlich aus der Grenzziehung des Versailler Vertrages im Osten ergeben haben. Verkehrsfragen stehen deshalb in ihr an erster Stelle. Aus diesem Grunde auch erachtete das Reichsinnenministerium den zuerst in Aussicht genommenen Satz von rund 100 Millionen Mark Kosten für nicht genügend, um ganze Arbeit zu machen, eine Herabsetzung der erhöhten Kosten, die das Dreifache von 100 Millionen im Voranschlag erreichen, wird auch in den parlamentarischen Beratungen kaum möglich sein.

Viel ist mit diesen Andeutungen, wie man sieht, nicht anzufangen. Es bleibt abzuwarten, was die Denkschrift wirklich enthält. Sie darf ja nicht nur eine Zusammenstellung der unbestreitbaren Notstände des Ostens enthalten, sondern sie muß vor allem Vorschläge für deren Beseitigung machen. Von diesen Vorschlägen wird in erster Linie der Wert der Denkschrift abhängen. Jedenfalls begrüßen wir es, daß man endlich aus dem Stadium der Klagen über die Not des Ostens heraus ist und daß wenigstens der ernste Versuch gemacht wird, Hilfe zu bringen. Das an der Spitze dieser Nummer abgedruckte Schreiben des Reichspräsidenten an den Reichskanzler bietet hoffentlich die Gewähr, daß nun endlich der Ostnot mit aller Energie, mit großen Mitteln und mit größter Beschleunigung gesteuert wird.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag wurde trotz der Warschauer Kabinettskrise am 17. d. M. vom Gesandten Rauscher und dem polnischen Bevollmächtigten Twardowski unterzeichnet. Der Vertrag gilt auch für das Danziger Gebiet, mit Ausnahme der Bestimmungen über Einreise, Aufenthalt und Niederlassung. Hier behält Danzig seine eigenen Bestimmungen bei. Das Einreise-, Aufenthalts- und Niederlassungsrecht ist nicht absolut vollkommen, sondern es sieht Ausnahmen vor und legt besonders der Niederlassung Beschränkungen auf. Diese Beschränkungen sind auch von deutscher Seite erwünscht, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß eine Überschwemmung mit einer großen Menge von polnischen Kleinkaufleuten und kleinen Gewerbetreibenden eintreten kann, die für das deutsche Wirtschaftsleben unter Umständen recht hinderlich werden könnte. Der Aufenthalt wird im allgemeinen auf drei Monate normiert, jedoch können unerwünschte Personen von der Einreise, vom Aufenthalt und von der Niederlassung ferngehalten werden. Die Niederlassung wird im allgemeinen Kaufleuten und Gewerbetreibenden gewährt, ausgenommen sind kleine Kaufleute und Gewerbetreibende, die weniger als vier fachmännische Angestellte beschäftigen. Landwirtschaftliche Angestellte sind im allgemeinen von der Niederlassung ausgeschlossen. Hiervon ausgenommen sind nur ganze bestimmte Kategorien. Im Vertrag wird die Niederlassung von Gesellschaften nicht behandelt und beiden Staaten, Deutschland und Polen, die freie Handhabung der Gesetze in dieser Hinsicht gelassen. Ganz allgemein wird nur bestimmt, daß, falls das Niederlassungsrecht einer Gesellschaft erteilt wird, dieselbe wie andere auswärtige Gesellschaften behandelt werde.

Die Kontingente, die Polen zugebilligt wurden, beziehen sich hauptsächlich auf Schweine und Kohle. Es sei noch ausdrücklich bemerkt, daß bezüglich der Einfuhr von Schweinen nicht Doppelzentner, sondern Stück in Frage kommen. Das ist von besonderer Bedeutung; denn Deutschland führt nur Magerschweine ein, und Magerschweine haben ein geringeres Gewicht als einen Doppelzentner. Es wird also eine geringere Menge Fleisch eingeführt, was der deutschen Landwirtschaft willkommen sein muß. Außer für Schweine und Kohlen hat Polen noch Einführungskontingente für Schrott, Glas- und Teererzeugnisse und ein Ausfuhrkontingent für Bleierzeugnisse erhalten. Deutschland hat für eine ganze Reihe von Artikeln der polnischen Verbotslisten kleinere oder größere Kontingente erhalten, größere Kontingente für Grütze, Saatkartoffeln, Obst, Gemüsekonserven, Weine (Obst- und Schaumweine), Fische in luftdichter Verpackung, Porzellane, Pelzwaren, Automobile, Motorräder, gewisse Textilien, Galanteriewaren, Spielwaren, Fahrräder, Konzertflügel, Pianos usw. Ferner gibt es eine ganze Reihe von Artikeln, vor allen Dingen Maschinen und Apparate, bei denen der Minister die Einfuhrerlaubnis gewähren muß. Es handelt sich hierbei um solche Maschinen und Apparate, die man in Polen benötigt, vor allen Dingen um mit ihrer Hilfe die einheimische Produktion zu verbessern. Eine Liste der Artikel, bei denen besondere Zollabschläge gewährt werden, ist aufgestellt worden, aber auch außerhalb dieser Liste können Zollermäßigungen erteilt werden. Eine Revision dieser Liste kann erst nach 18 Monaten vorgenommen werden. Es ist noch zu erwähnen, daß drei Fälle der Ausübung des Kündigungsrechts vorgesehen sind. Polen hat das Kündigungsrechts in dem Falle, in dem das Schweinekontingent nicht zu normalen Preisen in vollem Umfange abgenommen wird. Es werden dann Verhandlungen geführt, die drei Wochen dauern dürfen, wonach das Kündigungsrecht mit Dreimonatsfrist eintritt. Der zweite Fall betrifft die Einfuhr von Waren, an der Deutschland besonders interessiert ist, und steht im Zusammenhang mit der sogenannten Ausgleichssteuer. Für die Verhandlungen sind hier vier Wochen vorgesehen mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten. Ein weiteres Kündigungsrecht tritt in Kraft, wenn Polen Kohle zu besonders niedrigen Dumping-Preisen nach Deutschland bringt. Verhandlungsdauer drei Wochen, Kündigungsfrist drei Monate. Die Ratifizierung des Vertrages wird wohl bis Ostern durch den polnischen Sejm vorgenommen werden und muß ungefähr zu derselben Zeit in Deutschland erfolgen.

Die Presse über den Verdrängten-Kongreß.

Die Zeitungen sowohl in Berlin wie im Reich bringen, zum Teil in großer Aufmachung, mehr oder minder lange Berichte über die große Kundgebung der Verdrängten bei Kroll. Die „Berliner Börsen-Zeitung" (Nr. 116) spricht von einer „bedeutsamen Kundgebung" und gibt den Hauptinhalt der Ausführungen der einzelnen Redner wieder.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger" (Nr. 117) bringt den Bericht über die Kundgebung unter der Überschrift „Um das Recht der Liquidationsgeschädigten! — Gleichmäßige Behandlung aller Verdrängten. — Das Kriegsschädenschlußgesetz als Endregelung abgelehnt." Im Bericht wird besonders auf den Hinweis des Herrn Dr. Lüdtke aufmerksam gemacht, daß Berlin zur Grenzstadt geworden ist.

Die „Deutsche Tageszeitung" (Nr. 117) gibt einem längeren Bericht die Überschrift „Die betrogenen Auslandsdeutschen". Sie bemerkt, „daß der große Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war und man schon vor dem Eintritt bemerken konnte, wie erbittert die Stimmung der nun seit 11 Jahren um ihr Recht betrogenen Auslandsdeutschen ist."

Der „Gesellige" (Nr. 59) bringt auch über diese Veranstaltung einen längeren Bericht, wie das auch die meisten anderen Provinzblätter ohne Ansehen der Partei tun.

Ehrungen Paul Barschs.

Der Dichter Paul Barsch, dessen Leben und Schaffen wir in der vorigen Nummer kurz gewürdigt haben, hat an seinem 70. Geburtstag ungewöhnlich große Ehrungen erfahren. Die ganze deutsche Presse hat seine Bedeutung gewürdigt und vielfach Auszüge aus seinen Schriften gebracht. Die Stadtverwaltung in Breslau, die die Bedeutung des Dichters schon anläßlich seines 60. Geburtstages durch Bewilligung einer lebenslänglichen Ehrenpension anerkannte, hat ihm jetzt eine weitere Ehrung zuteil werden lassen, wie ein Dichter sie sich nicht schöner wünschen kann. Sie hat nämlich für alle Breslauer Volks-, Mittel- und höheren Schulen des Dichters Hauptwerk, den Roman „Von einem, der auszog" (Verlag Wilh. Gottl. Korn, Breslau, 458 Seiten, Preis gebunden 2,80 M) angeschafft und alle Stücke mit dem Namenszuge des Dichters versehen lassen. Die Zeitschrift „Wir Schlesier" (Verlag L. Heege, Schweidnitz) hat eine Festausgabe zu Ehren des Dichters erscheinen lassen, die zahlreiche Glückwünsche bekannter Persönlichkeiten für das Geburtstagskind und eine Reihe von Artikeln über ihn und Gedichte von ihm, sowie Bilder, die ihn und seine Wirkungsstätten darstellen, enthält. Sehr fein charakterisiert ihn der Landeshauptmann der Provinz Niederschlesien, Herr v. Thaer: „Ich grüße den Dichter Paul Barsch herzlich. Er lebt und spricht wie die besten der Schlesier: bescheiden, natürlich und dabei besinnlich, innig und gütig. In der Zeit des Hastens und des Mehr-sein-wollens ist das ein Labsal". — Der Breslauer Oberbürgermeister Dr. Wagner nennt in einem längeren Glückwunsch des Dichters beste Gaben „die Heiterkeit des Gemütes und die Wärme des Herzens". — Der Oppelner Oberbürgermeister Dr. Berger betont, „Jedes seiner Bücher bildet die notwendige Brücke deutschen Lebens bis tief hinein ins Grenzland Oberschlesien". — Der bekannte Berliner Kritiker Alfred Kerr schreibt: „Ich empfinde den Dichter, Landsmann und Wanderer Paul Barsch mitten in dieser aufgewühlten Zeit im Bewußtsein als etwas Friedlich-Ernstes, Echtes, Liebenswertes. Wenn ich mit Gerhart Hauptmann über ihn sprach, fand ich bei Hauptmann die gleiche Zuneigung für Paul Barsch, die ich selbst habe." — Zahlreich sind die Paul Barsch gewidmeten dichterischen Beiträge, von denen der des jungen, hochbegabten Dialektdichters Ernst Schenke sehr hübsch wie folgt schließt:

„Wär ock noch moncher wie dar Moan,
Doo wär die Menschheet besser droan."

Unter dem Titel „Ein Buch um Paul Barsch" ist im Verlage Heege-Schweidnitz eine Würdigung Barschs von Margarete Karfunkelstein erschienen, die das wandlungsreiche Leben und dichterische Schaffen Barschs in geradezu spannender Weise schildert und die innere Größe dieses schlichten, liebenswürdigen, gütigen Menschen, der Hunderten von Schriftstellern den Weg zur Berühmtheit geebnet hat — auch unserem ostmärkischen Dichter Karl Busse — so klar in die Erscheinung treten läßt, daß jeder diesen originellen Prachtmenschen, dessen Herzlichkeit etwas Urtümliches bewahrt hat, lieben muß.

Eine große öffentliche Feier veranstalteten der Breslauer Schiller-Verein und die literarische Gesellschaft „Der Osten" (früher Literarische Vereinigung Breslauer Dichterschule) am 23. März, vormittags 10½ Uhr, im Mozartsaal der Hermann-Loge in Breslau, wobei Paul Keller die Festrede halten wird und Gedichte von Paul Barsch rezitiert und Vertonungen solcher Gedichte von Solisten und einem Quartett vorgetragen werden.

Aufmerksam gemacht auf diesen berühmten Sohn unserer Ostmark, werden hoffentlich recht viele, die ihn bisher noch wenig kannten, zu seinen Schriften greifen, die ein wahrer Jungborn für jung und alt sind.

Oberschlesische Fragen.

Der Theaterstreit.

Der Verein polnischer Theaterfreunde in Kattowitz hatte der dortigen deutschen Theatergemeinde einen Vorschlag zur Beendigung des seit Monaten währenden Theaterkonfliktes gemacht. Der polnische Verein verlangte darin für sich die Möglichkeit zur Veranstaltung von Theateraufführungen, Konzerten usw. in sämtlichen Ortschaften Deutsch-Oberschlesiens in öffentlichen und privaten Sälen, in denen deutsche Vorstellungen stattfinden, vor allem in Oppeln, Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg und Ratibor. Dafür sollte die deutsche Theatergemeinde in Kattowitz berechtigt sein, Theateraufführungen des deutschen Drei-Städte-Theaters in den Städten Oberschlesiens, in denen bisher deutsche Theateraufführungen stattgefunden haben, zu veranstalteten, d. h. in Kattowitz, Königshütte, Tarnowitz und Rybnik. Beide Vereine sollten monatlich höchstens je 12 Theateraufführungen veranstalten dürfen. Die deutsche Theatergemeinde hatte nach eingehender Prüfung die Unmöglichkeit, sich auf diese Bedingungen einzulassen, feststellen müssen. Der polnische Vorschlag war ein Musterbeispiel dafür, wie der Pole seinen Verhandlungspartner unter der Parole der „Gegenseitigkeit" zu überlisten versucht. Denn sieht man sich den obigen Text einmal genauer an, so findet man bald heraus, daß hier von gleichen Rechten keine Rede sein kann. Der Pole verlangte für sich das Recht, in sämtlichen Ortschaften Deutsch-Oberschlesiens spielen zu dürfen, während der Deutsche nur in vier Städten auftreten sollte. Die Berechtigung für den Polen sollte sich auf Theateraufführungen, Konzerte usw., also wohl auch auf Filme, und andere, irgendwie mit Kunst zusammenhängende Veranstaltungen erstrecken, wogegen im Abschnitt, der von den deutschen Rechten spricht, nur von Theateraufführungen die Rede war. Außerdem verlangte der Pole die gleiche Zahl von Vorstellungen hüben und drüben, was dem Geiste einer wirklichen Parität wiederspricht. Schließlich verlangte er, daß ihm in den Ortschaften Deutschoberschlesiens die öffentlichen und privaten Säle, in denen deutsche Vorführungen stattfinden, zur Verfügung stehen sollen, während er eine entsprechende Zusage, auch seinerseits für deutsche Veranstaltungen Säle sicherzustellen, nicht machte.

Der erwähnte polnische Vorschlag entbehrte insofern jeder rechtlichen Grundlage, als die deutsche Theatergemeinschaft gar nicht in der Lage ist, den Polen die Zulassung von Theateraufführungen auf deutschem Gebiet zu garantieren, da deren Genehmigung einmal von den Behörden eines anderen Staates, nämlich Preußens, und ferner von der Bereitschaft der privaten Saalbesitzer abhängt, ihre Räumlichkeiten zur Entfaltung einer polnischen Kulturpropaganda zu vermieten. Jede Minderheit hat sich bei der Verfolgung ihrer Ansprüche an ihren Staat und gegebenenfalls an den Präsidenten der Gemischten Kommission zu wenden. Von beiden Seiten waren in der Theaterfrage ja auch schon Beschwerden an Calonder eingereicht worden.

Am 1. März hat Calonder seine Entscheidung im Theaterstreit den beiden Parteien überreicht. Darin ist der Rechtsanspruch sowohl der polnischen als auch der deutschen Minderheit anerkannt, Theatervorstellungen zu veranstalten und für diesen Zweck eine Überlassung der öffentlichen Theatergebäude zu beanspruchen. In Polnisch-Oberschlesien, wo nur in Kattowitz ein öffentliches Theater besteht, soll dieses entsprechend dem status quo an 9 bzw. 10 Tagen im Monat, sowie am Oster-, Pfingst- und Weihnachtstag der deutschen Minderheit zur Verfügung gestellt werden. In Deutsch-Oberschlesien soll der polnischen Minderheit entsprechend ihrem Rechtsbegehren Gelegenheit gegeben werden, in Beuthen 3 bis 4, in Gleiwitz 2 bis 3, in Hindenburg 3 bis 4 und in Ratibor eine Vorstellung pro Monat zu veranstalten. Das Theatergebäude in Oppeln soll sofort nach seiner Instandsetzung der polnischen Minderheit zur Verfügung gestellt werden.

Bei den zuständigen deutschen Stellen scheint diese Entscheidung, die in weitem Maße auf die ungerechtfertigten polnischen Wünsche eingeht, da sie die formale Parität zum Grundsatz erhebt, keinen Widerspruch gefunden zu haben. Auch die Polen, deren Forderungen ja erfüllt sind, scheinen mit Calonder einverstanden zu sein. Wie der „Il. Kurj. Codz." meldet, soll die erste polnische Vorstellung in Beuthen bereits in den nächsten Tagen, die erste deutsche Vorstellung in Kattowitz am 28. März stattfinden.

*

Sejmwahlen im Mai.

Der schlesische Sejm wurde am 18. Februar vergangenen Jahres auf Betreiben des Wojewoden Grazynski aufgelöst. Die Neuwahlen wurden trotz des heftigen Drängens der polnischen Oppositionsparteien immer wieder hinausgeschoben, weil Grazynski sich an dem Ausfall der Gemeindewahlen erst über die Stimmung der Bevölkerung vergewissern wollte.

Nunmehr ist die Wahl auf den 11. Mai festgesetzt worden. In dem Jahr, in dem Grazynski ohne Sejm regierte, hat die Korruption in Ostoberschlesien ungeahnte Triumphe gefeiert. Die Warschauer Regierung sieht den Wahlen mit einiger Besorgnis entgegen. Die schwere Wirtschaftskrise, von der wie der ganze Staat auch Ostoberschlesien heimgesucht wird, erschwert ihre Stellung in dem unruhigen Lande. Die „Kattowitzer Ztg." kennzeichnet die Lage mit folgenden Worten: „Die Methoden des Wojewoden haben bereits auf dem Gebiet der Kommunalverwaltungen eine geschlossene Front seiner Gegner geschaffen, die man getrost als grotesk bezeichnen kann. So weit sind wir gekommen, daß Korfanty mit den Deutschen und beide wieder mit der Nationalen Arbeiterpartei und den Sozialisten stärkere gemeinsame Ziele haben als z. B. die polnischen Parteien unter sich. Man kann diese gemeinsame Front wohl ansehen als die geschlossene Abwehr eines Systems, das Oberschlesien wesensfremd ist."

Zum Fernsprechverkehr mit Polen.

Neunmal im Laufe von 5 Jahren hat sich das „Ostland" in längeren und kürzeren Ausführungen mit dem Fernsprechverkehr nach Polen befaßt, die Zulassung aller deutschen und polnischen Orte zum gegenseitigen Fernsprechen, die Einführung einer ermäßigten Grenzgebühr und die Schaffung von noch mehr kurzen Grenzleitungen angeregt. Die beiden ersten großen Wünsche wurden nun zum 1. März verwirklicht, und auch der dritte, beiden Teilen nicht viel kostende, wird bald erfüllt werden müssen.

Alle Orte Deutschlands sind, so verkündet das Amtsblatt des Reichspostministeriums Nr. 15 vom 18. Februar, vom 1. März an mit allen Orten Polens zum Fernsprechverkehr zugelassen. Ferner wird der Grenzverkehr mit Polen eingeführt; er sieht zwei Entfernungsstufen vor: bis 25 Km. Luftlinie für 50 Pf. (3 Minuten) und bis 50 Km. Luftlinie für 80 Pf. Also eine erhebliche Verbilligung der bisher auch für die „nahen" Orte geltenden Weitverkehrssätze von 2,40 M und mehr in der verkehrsstarken, von 1,45 M und mehr in der verkehrsschwachen Zeit (von 7 Uhr abends bis 8 Uhr morgens). Der auf Grund des Genfer Abkommens eingerichtete oberschlesische Grenzverkehr (seit 1922) verschlechtert sich freilich durch die Angleichung an den neuen allgemeinen Grenzverkehr; die billigen Sätze von 20 und 40 Pf. fallen fort; nur der Satz von 1 M (bis 50 Km.) ermäßigt sich auf 80 Pf. Schließlich kostet der Bezirksverkehr in dem Dreieck Gleiwitz—Myslowitz—Tarnowitz künftig 40 statt 30 Pf. Der Fernsprechverkehr nach Polen ist also heute den Verkehrsbeziehungen mit den übrigen unmittelbaren Nachbarn Deutschlands angepaßt; nur Frankreich macht in der vollständigen Zulassung seiner mittleren und der westlichen Departements noch eine Ausnahme.

Da über die Fernsprechbeziehungen nach Polen kaum mehr etwas Grundsätzliches zu sagen sein wird, ist ein kurzer geschichtlicher Rückblick, wie es zu dem Ergebnis vom 1. März 1930 kam, gerechtfertigt.

Zu besonderer Freude liegt kein Anlaß vor. Nachdem wir von 1920 bis 1925 — bis auf den oberschlesischen Fernsprechverkehr — bei 1700 Km. gemeinsamer Grenze nicht den geringsten Fernsprechverkehr nach Polen unterhalten hatten, fünf lange Jahre also, in denen er viel Herzeleid und kummervolle Sorge der hunderttausende Ostmarkverdrängte hätte lindern können, sind weitere fünf lange Jahre bis zum heutigen Ziel ins Land gegangen. Anfang Mai 1925 eröffneten Berlin und Frankfurt a. d. O., Posen und Warschau den zwischenstaatlichen Fernsprechreigen; bald reihte man das liebliche Warthestädtchen Birnbaum ein, während Breslau, die ostdeutsche Handelsgroßstadt, bis Oktober wartete. Dann folgten in mehrmonatigen Abständen immer ein halbes oder ein ganzes Dutzend Orte auf jeder Seite, wiederholt zu Weihnachten und Neujahr, wie man artige Kindlein beschenkt. Schließlich stieg die Zahl der zugelassenen Orte hüben und drüben auf je 300. Zwischendurch erhielten aber drei Städte: Posen, Bromberg und Konitz das Vorrecht, mit allen Orten Deutschlands außer Ostpreußen zu „sprechen". Diese von der polnisch-litauischen Flut umbrandete, wirtschaftlich so schwer ringende Provinz war bis zum 15. Juni 1928 von jedem Fernsprechverkehr mit Polen ausgeschlossen, während er mit Litauen unbeschränkt bestand. Erst dann durfte Ostpreußen mit den zugelassenen westpreußischen (pommerellischen) Orten fernsprechen, und seit 10. September 1928 wurde die Vergünstigung auf alle zugelassenen polnischen Orte ausgedehnt. Am 15. Februar 1929 wurden sämtliche Orte der Oberpostdirektionsbezirke Gumbinnen, Königsberg (Pr.), Köslin, Frankfurt a. d. O., Liegnitz, Breslau, Oppeln mit allen freigegebenen polnischen Orten einschließlich Ostoberschlesiens zugelassen. Diesem letzten Fortschritt mußte der heutige auf der anderen Seite zwangsläufig folgen. Ausreichende Sprechverständigung für den nun sicher anschwellenden deutsch-polnischen Sprechverkehr ist gewährleistet. Bei uns bildet hierfür bekanntlich das schon stark verästelte Fernkabelnetz mit seinen Verstärkerämtern die zuverlässige Grundlage; Polen hat zurzeit noch ein rein oberirdisches Fernleitungsnetz; man legt zwar die ersten Fernkabel aus, aber zunächst in Richtung auf die Tschechei. Die Weitgespräche können jedoch drüben schon an bestimmten Stellen „verstärkt" werden.

Ein ganzes Jahrzehnt hat also die Fernsprechentwicklung Polen-Deutschland gedauert. Für den nun zu erwartenden Handelsvertrag ist jetzt die notwendige Voraussetzung des Handelsverkehrs geschaffen. Hoffen wir, daß der die Grenzen überbrückende Fernsprecher an seinem Teil auch dazu beiträgt, die großen politischen Fragen zwischen Polen und Deutschland zu lösen. J. B.

Die ostmärkische Frau

Zeitschrift für die Ostmarkarbeit deutscher Frauen.

Mitteilungsblatt des Frauendienstes des Deutschen Ostbundes und der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen.

1930 | 3. Folge

(Erscheint in zwangloser Folge).



Haus Ostland zieht um.

„Heute wollen wir das Ränzel schnüren,
packen Lust und Frohsinn mit hinein!“

Von dem guten alten Pfarrhaus in Selchow i. Pom. haben wir nun Abschied genommen! Das fröhliche Lachen und Singen, das seit unserer vorjährigen Ferienkolonie noch einmal den fast 200 Jahre alten Kasten mit neuem Leben erfüllte, ist verstummt, und sobald das Frühjahr es erlaubt, wird das alte Haus verschwinden und einem stattlichen Neubau der Pfarrgemeinde Platz machen. — **Der zweite Siedlerinnenlehrgang,** den wir dort abgehalten haben, hat am 15. März mit sehr gutem Erfolg abgeschlossen, und die acht Heimchen sind mit Weisheit an Kochkenntnissen und mit selbstgefertigten Handarbeiten reich beladen wieder in die heimatliche Wirtschaft zurückgekehrt.

Das muß aber noch gesagt werden, unsere Mädels haben uns viel Freude gemacht, und wir hoffen, daß das Band, das uns verbindet, kein schwaches Rosenband sei! Die Gemeinschaft in dem zweiten Lehrgang war in diesem kleinen Kreise von acht jungen Mädchen, der gelegentlich durch Besuch von den ersten Schülerinnen aus Selchow und Umgegend ergänzt wurde, noch inniger als das erste Mal. Gesang und Volkstanz sind besonders liebevoll gepflegt worden, und da wir wirklich gute Stimmen hatten, waren unsere Heimabende voll großer Innigkeit. Den theoretischen Unterricht haben wir auf das beschränkt, was des Landwirts Schriftverkehr ausmacht, und wir haben nur bedauert, daß die Kürze der Zeit es nicht zugelassen hat, dem Wissensdrang und der Freude am Lernen, den unsere Mädels gezeigt haben, voll gerecht werden zu können. Schon heute sehen wir, daß die acht Wochen für einen Lehrgang, wie er sich ganz aus der Praxis entwickelt, zu kurz sind und wir wollen in diesem Jahre schon am **15. September** mit dem **ersten Winterlehrgang** beginnen, damit wir drei Monate arbeiten können, doch davon später einmal! Die Heimchen haben gelernt: **Kochen, Schlachten, Backen, Konservieren (Sauerkraut, Weckapparat und Trocknen), Waschen, Plätten, Stopfen, Maschinenähen, Schneidern und Handfertigkeiten. Sie haben sämtlich angefertigt: ein Kleid, eine Schürze, ein Wäschestück mit Handhohlsaum, eine geflochtene Basthandtasche, mehrere kleine Bastarbeiten, zwei Peddigrohrarbeiten und einen Bilderrahmen von Glas und Kalikopapier.** Die Abschlußprüfung im Kochen fand in Form eines **einfachen Festmahles** statt, für das die Aufgaben durch das Los gezogen wurden. **Es gab Nudelsuppe mit selbstgefertigten Nudeln, Blumenkohl mit holländischer Sauce, Schweinebraten mit gekochten Kartoffelklößen, warme Roggenbrot-Speise mit Vanillensauce.**

Der Tisch war wunderhübsch gedeckt und geschmückt mit Kränzchen aus Buchsbaum und Schneeglöckchen. Die Heimchen haben alles vollkommen selbständig hergestellt und mußten sich auch die Tischdekoration zusammensuchen, wie sie sie fanden.

Wie sehr unsere Mädels auch in der neuen Heimat Ostmärkerinnen geblieben sind, geht aus den Aufsätzen hervor, die sie uns zu dem Thema **„Wie wir die Heimat verloren“** vorgelegt haben. Schwere Lebensschicksale unserer vertriebenen Ansiedler sind daraus zu lesen, und deshalb ist es wohl nicht überflüssig, wenn wir auszugsweise einiges hier wiedergegeben. — — —

„Es war am 14. Oktober 1922, als die Polen in unser Haus traten mit den Worten: „Von heute ab ist Herr Strilkowski Besitzer dieser Stelle.“ Nun wurde alles nachgesehen und Boden, Keller und Scheune von den Polen verschlossen. In zwei Tagen mußte alles Vieh aus den Ställen sein, so daß wir auch dieses für wenig Geld verkaufen mußten. Von den Polen wurden uns zwei Zimmer angewiesen, in denen wir bis zur Ausreise wohnen sollten. Da aber die Ausreise nach Deutschland gesperrt war, mußten wir bis zum 13. Juli 1923 mit dem polnischen Besitzer zusammen wohnen. **Dieses waren schwere Monate, da wir nichts von dem, was wir gesät und geerntet hatten, gebrauchen durften. Kartoffeln, Mehl und alles andere, das wir zum Lebensunterhalt gebrauchten, mußten wir kaufen.** Endlich bekamen wir unsere Papiere und konnten nach Deutschland auswandern, wo gleich neue Enttäuschung harrte. Wir kamen ins Flüchtlingslager Frankfurt a. d. O., wurden von dort nach 14tägigem Aufenthalt nach dem Flüchtlingslager Güstrow geschickt. Mein ältester Bruder und ich mußten das Lager verlassen, weil wir über 15 Jahre alt waren.

Meine Eltern wurden nach N. geschickt, hier mußten sie sich ihren Lebensunterhalt durch Tagelohn verdienen. Endlich im Mai 1925 kaufte mein Vater in N. eine kleine Landwirtschaft von der Entschädigung, die wir vom Deutschen Reich bekamen. Aber auch hier haben wir der vielen Schulden und Steuern wegen schwer zu kämpfen, doch können wir jetzt alle wieder zu Hause sein und gemeinsam vorwärts streben.“ — — —

„In der Schule wurden wir von den polnischen Kindern, die vorher unsere Spielgefährten waren, häßlich beschimpft. — Mein Bruder, der bei den Fliegern in Elsenmühle-Lowica b. Posen war, wurde gefangen genommen und mit allen Kameraden erst ins Fort Grollmann, dann ins Kernwerk in Posen und schließlich über die russische Grenze nach Szczypiorno gebracht. In ganz verlauste Lumpen wurden sie dann gesteckt. Ihre guten Sachen wurden ihnen natürlich weggenommen. Dies alles verleidete uns den Aufenthalt in Polen so, daß mein Vater und Bruder natürlich für Deutschland optierten!“ — — —

„Vorläufig wanderten mein Bruder, meine Schwester und ich aus. Wir waren zwar noch sehr jung, aber es half nichts. Mein Bruder war 22, meine Schwester 16 und ich 12 Jahre alt. Anfangs war es sehr schwer, soweit weg von den Eltern allein zu wirtschaften. Wir mußten halt aushalten, wollten wir den Eltern das Herz nicht noch schwerer machen als es schon war!“ — —

„Nun sind wir schon so lange hier, aber einheimisch haben wir uns noch nie gefühlt, sondern stets als Fremde. So wird es wohl jedem Ostmärker ergehen. **Nichts kann ihm die alte Heimat ersetzen. Sollte die Ostmark je wieder deutsch werden, so wird es Wenige geben, die nicht wieder zurück möchten.** Wir wollen hoffen, daß die Ostmark recht bald wieder in deutsche Hände kommen möge; denn was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“ — — —

„Dann zogen wir zu unseren Verwandten. Mein Vater war in Deutschland und suchte eine Wirtschaft, konnte aber keine finden. Als mein Vater zurückkam, sind wir doch gleich nach Deutschland gezogen, es war uns zu peinlich, noch länger bei den Verwandten zu wohnen!

Aber wie schwer war es doch, immer wieder von neuem anzufangen, denn die Unkosten und Auslagen waren zu groß. Wir haben uns ja schon ganz gut eingelebt, aber es ist doch nicht so, wie unsere alte Heimat war!“ — — —

„Als nun die Polen hier die Herrschaft hatten, fingen sie an zu enteignen. Die Deutschen wurden nach Deutschland ausgewiesen. Langsam wurden auch die deutschen Kirchen und Schulen von den Polen

---

Denkt an das Land unterm Kreuz!

Unseren lieben Abstimmungsgästen zum Andenken an Oberschlesiens große Tage Proskau, am 20. März 1921.

Abends sinkt Stille einflößende Schönheit tönend ins erzene Dröhnen. Glocken der schlanken, abendgoldtürmigen Kirchen, singen das liebliche Ave. Immer noch hört man das Getöse der Hütten die sanfte Schönheit verhöhnen. Nur Kinder läutet das milde Silber zu umhämmertem Schlafe.

Alfred Hein.

zu polnischen Schulen und Kirchen gemacht, so daß die deutschen Kinder in den meisten Gegenden in polnische Schulen gehen mußten!" — — —

Das Vergißmeinicht für die Teilnehmerinnen am zweiten Lehrgang lassen wir nachstehend folgen:

Geburtstagskalender:

Februar 20.	Erna Greber	Legebruch bei Oranienburg.
„ 24.	Elfriede Obergefall	Zechlin, Oderbruch.
April 28.	Dora Brandt	Fiddichow a. d. O.
Mai 12.	Marie Oetting	Nossenthiner Hütte, Amt Waren (Meckl.).
Juni 14.	Hildegard Ullert	Oberbriesnitz, Kr. Sagan (Schl.).
September 28.	Marie Heuer	Lübbersdorf b. Friedland (Meckl.-Strelitz).
28. Dezember:	Else Wendt,	Papenhagen, Krs. Grimmen (V.-Pom.).

Wie es sich so für uns Flüchtlinge gehört, ist unser Hausrat augenblicklich auf der Achse. **Aber am 1. Osterfeiertag öffnen wir die Pforten des neuen „Haus Ostland" in Vetschau am Spreewald, und am 15. Mai beginnt der bereits angekündigte Lehrgang für Gartenbau und Obst- und Gemüseverwertung, Kleintierzucht usw., zu dem wir noch recht viele Anmeldungen brauchen.** Insbesondere würden wir uns freuen, wenn recht viele Teilnehmerinnen von unserem 1. Lehrgang nun auch für ein paar Frühjahrsmonate nach Vetschau kommen möchten. Denn das muß ich Euch persönlich sagen, daß ich mich sehr gefreut hätte, wenn sie auf meinen Neujahrsglückwunsch und die hübsche Haus-Ostland-Beilage mit dem „Vergißmeinnicht" geantwortet hätten. Oder heißt es bei denen allen — aus den Augen, aus dem Sinn? Wie oft haben wir doch zusammen gesungen: **„Kamerad, reich mir die Hände, fest wollen zusammen wir stehn" und zum Schluß „Uns're heil'ge Ostmark wird einst auferstehn!" Ihr habt's doch nicht vergessen? —**

Und dann wollt ich Euch noch sagen, daß ein Heimchen in „Haus Ostland" sein Herz verloren hat und nach Kehrberg heiratet. — Ratet mal wer?

Ruth Heerdegen.

Elisabeth Brönner-Höpfners Dank.

Meine liebe Frau Heerdegen!

Von Herzen danke ich Ihnen und den lieben ostdeutschen Frauen allen, die mir in so rührender Weise geholfen haben, den bösen letzten Schritt von der Jugendlichkeit hinüber ins Alter zu tun. Eigentlich müßte ja Alter „Ausruhen" heißen; aber ich weiß, daß wir alle noch unendlich viel zu tun haben, die wir im Kampfe für das Deutschtum und für unsere Heimat stehen, so daß wir an Ausruhen überhaupt nicht denken können. Alles das, was mir die Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen zu meinem Geburtstage an Ehrungen und an Freundlichkeiten erwiesen hat, geht weit über das Maß dessen hinaus, was ich verdient habe. Ich wünschte mir nur selber genügend Kraft und Gesundheit, daß ich in dieser Frauen-Arbeitsgemeinschaft wirken und ersprießliche Arbeit leisten könnte! Wir Frauen können stolz darauf sein, eine solche überparteiliche und — was ebensoviel bedeutet! — überorganisatorische Arbeitsgemeinschaft gefunden zu haben. Ein Volk, das ein so schweres Schicksal wie das deutsche zu tragen hat, kann es sich nicht leisten, seine Kraft im Streit gegeneinander zu verbrauchen. Wenn wir Frauen beim Wiederaufbau wirklich eine ausschlaggebende Arbeit zu leisten vermögen, was ich fest glaube, so kann diese Arbeit nur geschehen in der Zusammenfassung aller Volksgenossen.

Es war lieb von Ihnen, daß Sie meinen Jungen an meine Seite gestellt hatten! Unsere Kinder bedeuten die Hoffnung auf unseren Wiederaufstieg.

Mit herzlichsten Grüßen Ihre

Elisabeth Brönner-Hoepfner.

Aus der Ostbundfrauenarbeit.

III. Frauenschulungstagung am 9. März 1930.

Mit 21 Teilnehmerinnen begann die Sonderarbeit der Frauen im Rahmen der diesjährigen Bundeshauptversammlung, vormittags 10 Uhr. Die Frauen haben der Eröffnung der Tagung durch Herrn Bundespräsident Ginschel beigewohnt, um sich um 11 Uhr zur Besichtigung der Produktions- und Betriebswerkstätten des Beamten-Wirtschaftsverbandes nach Tempelhof zu begeben. Wir wünschten, unseren Frauen an einem praktischen Beispiel die Macht des Genossenschaftswesens nahezubringen. Der Gang durch die Lagerräume und die Bäckerei des Beamten-Wirtschaftsvereins nahm mehrere Stunden in Anspruch. Nachdenklich stimmte die Teilnehmerinnen die Ausschaltung der Menschenkraft in den Großbetrieben des Lebensmittelmarktes. Auf der einen Seite der ungeheure hygienische Vorteil, der durch die maschinelle Bearbeitung und Verpackung der Lebensmittel erreicht wird, und auf der anderen Seite die immer mehr entbehrlich werdende Handarbeit, die das Handwerk im Großbetriebe fast ganz ausschaltet. Einzig das Verkehrsgewerbe hat den Vorteil davon. Der Beamten-Wirtschaftsverein läßt 70 Lastautos laufen und braucht für diesen Zweig seines Betriebes weitaus den größten Teil der notwendigen Arbeitskräfte. Der Vortrag des Herrn Direktors Rudeloff gab einen Überblick über das Genossenschaftswesen im allgemeinen und den Umfang des Beamten-Wirtschaftsverbandes im besonderen. Der Beamten-Wirtschaftsverband zählt zurzeit 120 000 Mitglieder in Groß-Berlin und hat einen Jahresumsatz von 29 Millionen im Jahre 1928 gehabt. Bei einer Kaffeetafel, die für die Ostbundfrauen bereitstand, fand noch ein lebhafter Meinungsaustausch statt, den Frau Heerdegen dazu benutzte, auch den Beamten-Wirtschaftsverband zu bitten, **an seinem Teil an der Lösung des Roggenproblems, das heute die Lebensfrage für die deutsche Landwirtschaft darstellt, mitzuwirken, durch Bereitstellung von reinem Roggenbrot und Roggenkleingebäck in seinen Verkaufsstellen.** Herr Direktor Rudeloff sagte zu, diese Anregung zur Sprache zu bringen.

Die Arbeitssitzung begann 15.30 Uhr mit einer Teilnehmerzahl von 21 Personen unter Leitung von Frau Heerdegen.

In ihrer Begrüßungsansprache gab Frau Heerdegen einen kurzen Rückblick auf die planmäßige Arbeit von fünf Jahren, die das Frauenreferat des Deutschen Ostbundes geleistet hat. Seit dieser Zeit besteht die Beilage zum Ostland „Die ostmärkische Frau", die in vollkommen überparteilicher und interkonfessioneller Weise die Ostmarkfrauen in ihre Arbeit auf kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gebieten einzuführen sich bemüht hat. **Das vergangene Jahr ist entscheidend gewesen für die praktische Arbeit an der ostmärkischen Jugend durch die Schaffung von „Haus Ostland". „Haus Ostland"** als Ferienheim und Lehrstätte zur Heranbildung der weiblichen ländlichen Jugend beginnt sich einen Platz zu erobern, und es steht zu hoffen, daß **„Haus Ostland" im neuen Heim in Vetschau am Spreewald** sich gedeihlich weiter entwickeln. Neben dem Ferienheim für Kinder soll „Haus Ostland" in diesem Jahre auch unseren Frauen zu Freizeiten eine gastliche Stätte bieten, und wir bitten, daß die Frauendienstgruppen sich bemühen, das Interesse für „Haus Ostland" in ihren Kreisen zu wecken und zu vertiefen. Ferner plant das Frauenreferat in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen in diesem Jahre eine **Ostlandfahrt,** für die wir die Frauendienstgruppen auch bitten, energisch zu werben. Frau Heerdegen dankt Herrn Bundespräsidenten Dr. Lüdtke für sein Erscheinen und für seine warme Hilfsbereitschaft bei allem, was die Frauenarbeit im Deutschen Ostbund angeht.

Herr Dr. Lüdtke dankt für die Begrüßung und gibt gleichfalls einen Rückblick auf die bisherigen Frauenschulungstagungen: Zur erfolgreichen Arbeit gehören drei Dinge, Geld, Geld und nochmals Geld, **jede Ostbundfrau hat die Pflicht, an dem Aufbau von „Haus Ostland" mitzuwirken und kann das in der Weise tun, daß sie wenigstens im Jahr zwei Bausteine für „Haus Ostland" für je 5 ℳ unterbringt.** Die Bausteine sollen nicht von unseren armen Vertriebenen gekauft werden, sondern mit ihnen wollen wir außenstehende Kreise für den Ostgedanken gewinnen. Damit die Verbundenheit mit der alten Heimat bestehen bleibt, sollte der Frauendienst einer jeden Ortsgruppe ein oder zwei Zeitungen aus der alten Heimat halten und diese unter den Mitgliedern kreisen lassen.

Mit kleiner Mühe können die Frauengruppen auch durch den Vertrieb von Büchern des Ostbundverlages etwas Geld für „Haus Ostland" schaffen." Herr Dr. Lüdtke verwies auf das Rundschreiben, welches die Kulturabteilung in Verbindung mit dem Frauenreferat in dieser Angelegenheit an die Ortsgruppen gesandt hat.

Das Hauptreferat des Tages hatte Frau Gertrud Brandt, Eberswalde, zu dem Thema: **„Wie leite ich eine Frauendienstgruppe des Deutschen Ostbundes?"** übernommen. Rednerin führte etwa folgendes aus:

Der Deutsche Ostbund hat ungefähr 500 Ortsgruppen, aber nur 60 Frauendienstgruppen. Das muß uns, die wir in dieser Arbeit stehen und ihre Notwendigkeit kennen, stutzig machen. Es ist daher zu empfehlen, überall dort, wo Bedenken gegen eine besondere Frauengruppe vorhanden sind, innerhalb der Ortsgruppe eine „Abteilung Frauendienst" einzurichten, zu der die Frauen aller Mitglieder gehören. Das vielfach noch vorhandene Mißtrauen der Männer in unseren Reihen gegen unsere Arbeit wird schwinden, wenn sie spüren: Wir ostdeutschen Frauen nehmen für uns nur ein altes germanisches Frauenrecht in Anspruch, wenn wir im Kampfe um unsere Heimat Schulter an Schulter mit dem Manne stehen wollen. Das Ziel unserer Arbeit ist fest umrissen durch den Leitspruch unseres Bundes: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!" Wir alle sind Bundesschwestern; die Liebe zu unserer Heimat und der Glaube daran, daß sie einst wieder deutsch werden muß, machen uns zu einer Notgemeinschaft. Niemals wollen wir vergessen, daß wir im Frauendienst sind, in einem Dienst, der unter keinem äußeren Zwange steht, wozu auch persönlicher Ehrgeiz und Eitelkeit gehören. Wir arbeiten, weil wir um die Zukunft unseres Volkes und unserer Kinder in banger Sorge sind. Wir rufen den Männern zu: Bedenkt, daß wir deutschen Mütter es sind, die den größten Einfluß auf die Jugend in dem Alter haben, wo die Kinderherzen am empfänglichsten sind!

Im Mittelpunkt der ostdeutschen Frauendienstarbeit stehen regelmäßige Zusammenkünfte der Frauen, mindestens einmal monatlich. Doch dürfen diese Zusammenkünfte niemals auf den Stand sogenannter „Kaffeekränzchen" herabsinken. Gemeinsames Lesen ostdeutscher Dichter oder solcher Dichtungen, die ostdeutsche Stoffe behandeln, Berichte von Frauen, die vor kurzem „drüben" waren oder an Tagungen teilgenommen haben, die in der Richtung unserer Arbeit liegen, das Singen von Heimatliedern, Zusammenarbeit mit Frauen anderer Verbände, verbunden mit einem Austausch von Vortragenden, damit unsere Gedanken in möglichst weite Frauenkreise getragen werden, werden dieses Herabsinken verhindern. Die Ausgestaltung der Weihnachtsfeiern und

alle Wohlfahrtssachen sind das Arbeitsgebiet der Frauen. Immer wieder müssen die Leiterinnen der Frauendienstgruppen mahnen: Knüpft die noch bestehenden Bande zu unsern losgerissenen Brüdern und Schwestern fest und fester. Sie müssen „drüben" wissen, daß wir sie zu uns zählen. Die Höhe freiwilliger Spenden ist durch Abstimmung festzulegen. Nach Fichtes Wort: „Was gesagt werden muß, kann hundertmal gesagt werden und ist doch immer wieder neu", müssen die Leiterinnen der Frauendienstgruppen den Müttern immer wieder das Gewissen schärfen, daß sie ihre Kinder in ostdeutschem Geiste erziehen und sie gut vorbereitet in die Jungscharen geben. Unser Ruf: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!" soll nicht mit uns zu Grabe getragen werden. Unsere Kinder sollen ihn weitergeben, bis er Erfüllung gefunden hat. — Mit dem folgenden, von ihr verfaßten „Aufruf an die deutschen Frauen" schloß die Rednerin:

Ihr Frauen Deutschlands, hört!
Es hallt ein Schrei der Ungebor'nen durch das ganze Land:
„Vergeßt uns nicht, daß ihr nicht unter weißem Haar
Dereinst erröten müßt vor euern Enkeln!" —
Daß segnend sie an euern Gräbern stehen —
Kämpft, kämpft und glaubt!
Dem Mutigen hilft Gott!"

An der lebhaften Aussprache, die sich an die Ausführungen der Frau Brandt anschloß, beteiligten sich Frau Direktorin Wegener, Waren, Frau Lanzke, Biesenthal, Frau Geiseler, Berlin, Frl. Dreßler, Königsberg i. Pr., Frau Jakob, Berlin. Die Anwesenden waren sämtlich der Ansicht, daß sich die Trennung des Frauenschulungstages von der allgemeinen Ostbundarbeit unzweckmäßig auswirkt und richteten nachstehende Resolution an das Bundespräsidium und die Vertreterversammlung:

„Wir Ostbundfrauen, die wir heute an der Frauenschulungstagung des Deutschen Ostbundes teilnehmen, richten an das Bundespräsidium und an die versammelten Vertreter der Ortsgruppen und der Landesverbände des Deutschen Ostbundes folgenden Mahnruf:

Gebt uns, den Hüterinnen des deutschen Hauses und der Familie, in Eurer Tagung das Recht, auch von unserer Arbeit zu Euch zu sprechen. Wir wollen mit Euch Schulter an Schulter im Kampfe für unsere heilige und gerechte Sache stehen, damit ein tiefes Verständnis für die Frauenarbeit von Euch mit ins Land hinausgenommen wird!"

Frau Geiseler berichtete über die Arbeit der Kinder in der Ortsgruppe Berlin-Mariendorf, welche Lesematerial für die Deutschen im entrissenen Gebiet durch neue Einbände nett ausstatten und an geeignete Adressen senden.

Frau Heerdegen wies erneut auf die Ehrenpflicht der Ostbundfrauen hin, welche darin besteht, ein Altersheim für Vertriebene zu schaffen.

An den Verhandlungen nahm die 2. Vorsitzende des Verbandes Brandenburgischer Frauenvereine, Frau Margarete Lensch, Potsdam, als Gast teil. Eine von Frau Lanzke angeregte Sammlung für **„Haus Ostland"** unter den Frauen und auch in der Vertreterversammlung ergab die Summe **von 87,41 M.**

Die Sitzung mußte unterbrochen werden, da Frau Heerdegen den Bericht des Frauenreferates in der Vertreterversammlung zu geben hatte. Die Damen nahmen zum Schluß noch an der Vertreterversammlung teil und trennten sich erst um 20 Uhr, um später noch im Restaurant Wetteborn sich mit den Herren zu einem gemütlichen Beisammensein zu treffen.

War auch die Teilnehmerinnenzahl geringer als im vorigen Jahr, so kann doch gesagt werden, daß die Teilnehmerinnen sämtlich mit großem Interesse und großer Bereitwilligkeit zur Ostbundarbeit den Verhandlungen gefolgt sind. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und die Tatsache, daß Reisebeihilfen in diesem Jahre von der Bundeszentrale nicht gegeben worden sind, mögen schuld an der geringen Beteiligung gehabt haben. Um so erfreulicher war es, daß der Frauendienst Magdeburg die Tagung mit folgendem Telegramm begrüßte:

„Kommen heute leider unmöglich, sende 10 M für „Haus Ostland. Mit deutschem Gruß Klara Scheibner."

Die auch schon seit **fünf Jahren bestehende Frauendienstgruppe Dortmund I im Landesverband Rheinland-Westfalen** sandte ihren Jahresbericht, der sehr erfreulich ist. Danach zählt die Frauendienstgruppe zurzeit 204 Mitglieder, darunter verdrängte Ostmärker 158, Nichtverdrängte 40, Einheimische 6. Die Frauendienstgruppe arbeitet in der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände und mit dem Stadtverband Dortmund für Frauenbestrebungen. Sie unterhält eine Jungmädchengruppe mit 28 Mitgliedern. An Veranstaltungen im Jahre 1929 haben stattgefunden: das Jahresfest im Juni, der Muttertag im Mai, ein Kinderfest im September, die Feier des Deutschen Tages in Gegenwart der Frau Oberbürgermeister Eichhorst und eine Weihnachtsbescherung, bei der 256 Kinder und 102 alte Leute bedacht werden konnten. Die Stadt Dortmund hat dem Frauendienst eine Zuwendung von 300 M gemacht. In Vorbereitung ist eine Ausstellung von Handfertigkeitsarbeiten der Mitglieder im April d. J.

*

Frauendienst Frankfurt a. M. Auf zum „Strandfest in Fern-Ost" lautete die Devise, unter der wir unsere Mitglieder nebst Angehörigen und Freunden für Rosenmontag, den 3. März, eingeladen hatten. Man war dieser Einladung so zahlreich gefolgt, daß die oberen Räume des alten Kaffee Schneider sich bald bis auf den letzten Platz füllten. Letztere waren unter rührigen Frauenhänden so verändert, daß sie kaum wiederzuerkennen waren. Man wandelte unter einem Meer von Blüten, die Wände schmückten große und kleine chinesische und japanische Bilder, von Magnolienbäumchen malerisch umrahmt. Dazu spendeten japanische Lampions ein lauschiges Licht, so daß schon der äußere Rahmen der Veranstaltung ganz dazu angetan war, die Erschienenen in eine gehobene Faschingsstimmung zu versetzen. Diese bemächtigte sich denn auch bald aller und herrschte vom Anfang bis zum Ende. Frau Prager, die 1. Vorsitzende des Frauenverbandes, entbot als zierliche Geisha, von einem kleinen Chinamann begleitet, den Erschienenen in launigen Versen ihren Gruß, verriet einiges von den Überraschungen des Abends und wünschte allen eine vergnügte, fidele Nacht im Lande der aufgehenden Sonne. Reicher Beifall lohnte ihr Erscheinen. Unter den Klängen der Tanzkapelle, die unermüdlich war, wurde fleißig getanzt, man sah sich im Europäerzelt, das in einem der Nebenräume errichtet war, beim Gläschen Likör wieder und huldigte der Fidelitas bis zum frühen Morgen. Drei Geishas, die zuerst ein neckisches Tanzliedchen sangen und dann nach den Klängen eines Walzers mit Schirm und Fächer recht japanisch tanzten, ernteten reichen Beifall. Eine Haremsszene, die im Laufe des Abends aufgeführt wurde, gefiel ganz besonders. Recht nett waren die Gesangseinlagen darin und ein Schleiertanz, der von einer der Haremsdamen aufgeführt wurde. Stürmischer Applaus belohnte die Mitwirkenden. In den Tanzpausen sorgte Herr Steinert, der Vereinskomiker, durch allerlei Vorträge für den nötigen Humor. Er hatte, wie immer, die Lacher auf seiner Seite. In einer längeren Festrede gedachte der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Prager, der geleisteten Arbeit. Er dankte dem Vorstande des Frauenverbandes, der dieses nette Fest arrangiert hat, Balletmeisterin Frl. Funk, die die Tänze einstudiert hatte, und allen denen, die zum Gelingen des Abends beigetragen haben. Es war tatsächlich eine Veranstaltung, an die ein jeder gern zurückdenken wird, ein gelungenes Fest. — Die erste offizielle Zusammenkunft des Frauendienstes im neuen Jahre, die von 38 Personen besucht war, fand am 15. Februar im alten Kaffee Schneider, Neue Kräme, statt. Der Tag galt der Ehrung der Seniorinnen der Ortsgruppe. An ihren mit Blumen und frischem Grün geschmückten Ehrenplätzen boten 12 ehrwürdige Damen ein hübsches Bild. Frau Prager, die 1. Vorsitzende des Frauenverbandes, führte in ihrer Begrüßungsansprache aus, daß es dem Vorstande des Frauenverbandes eine ganz besondere Freude bereitet, diesesmal der Seniorinnen des Vereins ehrend zu gedenken, da gerade sie es seien, die ein Stück der alten lieben Heimat verkörperten und in der Liebe zu ihr den Jungen ein Vorbild seien. Ein von Damen des Vereins dreistimmig gesungenes „Gott grüße dich" bildete den Auftakt zu verschiedenen ernsten und heiteren Darbietungen. Frl. Kirmer erfreute sodann mit einem die deutsche Frau und Mutter verherrlichenden Liedchen, das so recht dem Sinne des Tages angepaßt war. Es schuf ein paar weihevolle Minuten, in denen wohl ein jeder der eigenen Mutter in Liebe gedachte. Herr Prager als Vertreter der Ortsgruppe feierte in einer längeren launigen Ansprache die alten Damen und bat zum Schluß, mit ihnen auf ihr spezielles Wohl und eine sorgenfreie, ungetrübte Zukunft anstoßen zu dürfen. Das tat man mit Vergnügen. Nach einem weiteren von Frl. Kirmer innig gesungenen Liedchen folgte als Zugabe etwas Lustiges, das seine Wirkung nicht verfehlte und nach dem vorangegangenen Ernst eine heitere Stimmung bei allen Damen erweckte. Namens der Seniorinnen dankte Frau Justizrat Manheimer für den ihnen bereiteten netten Nachmittag. Man saß noch eine Weile gemütlich beisammen und trennte sich in dem Bewußtsein, noch ein paar schöne Stunden verlebt zu haben. Powils.

Gruß.

Zur Gründung des Königsberger Frauendienstes im November 1929.

Von Albertine Hoffmann, Königsberg i. Pr.

**Ostdeutsche Frauen sind hier beisammen,
Damit ein gefestigtes Band sich schließt;
Ostdeutsche Frauen, die heute hier kamen,
Seid alle recht von Herzen begrüßt!**

**In dem Gedanken, der Heimat entrissen,
Oftmals gewandert in irrender Flucht,
Haben wir, um uns zusammenzuschließen,
Gleichgesinnte Gefährten gesucht.**

**Doch laßt Vergang'nes und was geschehen!
Mag's überwunden, vergessen sein,
Nicht hindernd auf unserm Lebensweg stehen!
Wir wollen uns hier der Gegenwart freu'n.**

**Um unsere Mädel und Buben uns mühen,
Zu gründen ein gottvertrauend Geschlecht,
Zu strebsam gesitteten Menschen erziehen,
Sie kämpfen lehren für Heimat und Recht.**

**Uns wünschend und grüßend reichen die Hände,
Daß Einigkeit und festes Vertrauen
Auch weiter in Zukunft innig verbände
In Liebe und Leid die Ostlandfrauen.**

Bericht über die Frauenschulungstagung im Landesverband Westfalen

am 15. Februar 1930, nachm. 3 Uhr, in Bahnhof Rauxel, Gasthof Strotkamp.

Um 3.30 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Westfalen, Landsmann Makowski, die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und bemerkt, daß die heutige Tagung eigentlich mit der Generalversammlung des Landesverbandes Westfalen am 26. Januar in Bochum verbunden werden sollte. Leider konnte diese Frauentagung an diesem Tage nicht stattfinden, da die Generalversammlung bis in die Abendstunden dauerte. Landsmann Makowski stellt nun fest, daß die Frauengruppen Dortmund, Datteln, Castrop-Rauxel 4 und Wanne-Eickel mit zusammen 13 Frauen vertreten sind, es fehlten die Vertreter der Frauengruppen Herne und Bochum. Außer den 13 Damen sind noch anwesend: der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Westfalen, Landsmann Makowski, der Schatzmeister, Landsmann Salewski, und der Geschäftsführer Breitenbach vom Landesverbandsvorstand und Landsmann Menzel als Vorsitzender der Ortsgruppe Castrop-Rauxel 4. Nunmehr übernimmt die bisherige Vorsitzende des Frauendienstes im Landesverband, Frau Quilitz, die Leitung. Sie begrüßt nochmals die Anwesenden, dankt für das Erscheinen, bedauert aber, daß die Gruppen Herne und Bochum nicht vertreten sind. Es erfolgt Zettelwahl mit folgendem Ergebnis: Frau Quilitz erhält 6 Stimmen, Frau Salewski 5 und Frau Lüdtke 2. Hierauf erfolgte wunschgemäß eine Stichwahl zwischen Frau Quilitz und Frau Salewski. Frau Quilitz erhielt nunmehr 7 Stimmen und Frau Salewski 5 Stimmen. Frau Quilitz ist somit zur 1. Vorsitzenden gewählt worden und nimmt die Wahl an. Sie dankt vor allen Dingen denjenigen, die ihr die Stimme gegeben haben, sie werde sich aber bemühen, auch die Gunst der anderen Damen zu erwerben. Die weitere Wahl ergab folgendes Ergebnis: Als 2. Vorsitzende wurde Frau Salewski-Datteln gewählt, sie nimmt die Wahl an und dankt für das Vertrauen; als 1. Schriftführerin wurde Frau Urban-Dortmund gewählt, sie nimmt die Wahl an und dankt für das Vertrauen; als 1. Beisitzerin wurde Frau Böhlke-Castrop-Rauxel 4 gewählt, sie nimmt gleichfalls die Wahl an und dankt auch für das Vertrauen. Nunmehr gab der Geschäftsführer des Landesverbandes Westfalen, Landsmann Breitenbach, in längeren Ausführungen Anhaltspunkte für die Frauendienstarbeit. Ganz besonders empfahl er die Heranziehung der Ostmarkjugend. Der Jugendbewegung müsse unbedingt größere Sorgfalt gewidmet werden. Wer die Jugend hinter sich hat, der hat die Kraft. Es müssen Mädchen- und Knabengruppen durch den Frauendienst gegründet werden, weil die Herren Ortsgruppenvorsitzenden in den meisten Fällen keine Zeit dazu haben, es fehlt aber auch das genügende Interesse. Ferner gab Landsmann Breitenbach Anregungen, wie man die Zeit bei den Zusammenkünften der Jungmädchen und Knaben ausfüllen kann. Landsmann Makowski empfahl das Haus Selchow für die Ausbildung von Jungmädchen für den Beruf. Die nächste Frauenschulungstagung soll in den Sommermonaten in Lünen stattfinden. Bei dieser Gelegenheit wird die Jugendabteilung der Ortsgruppe Lünen mit ihren Leistungen auf musikalischem Gebiet aufwarten. In weiterer Aussprache wurden verschiedene Vorschläge gemacht und gute Anregungen gegeben, so daß diese Tagung nicht ohne Erfolg bleiben dürfte. Der Vorstand wird in enger Fühlung zusammenarbeiten und weitere Anregungen für die Außenarbeit geben. Um 6.40 Uhr dankte Frau Quilitz den Anwesenden für die treue Gefolgschaft, ermahnte an ein Nichterlahmen in der Frauenarbeit und schloß mit den Worten:

Liebe deinen Nächsten als dich selbst!

Treu zur Ostmark!

B r e i t e n b a c h,
Geschäftsführer des Landesverbandes Westfalen.

Aus der Ansprache der 1. Vorsitzenden des Frauendienstes im Landesverband Westfalen, Frau Quilitz, Wanne-Eickel, anläßlich der Frauenschulungstagung in Rauxel-Bahnhof am 16. Februar 1930.

Mein sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herren und Damen!

Der Landesverband Westfalen hat Sie heute hier nach Rauxel geladen, damit ich Ihnen in einem kleinen Kreise Rechenschaft lege über die geleistete Arbeit im verflossenen Wirtschaftsjahr 1929 und wir heute beraten, was wir im Jahre 1930 unternehmen müssen, um neue Frauengruppen im Landesverband Westfalen zu beleben. Nur wenige Mitglieder unserer Organisation wissen es, welche enorme Arbeit der Vorstand unseres Landesverbandes Westfalen bisher leisten mußte und auch geleistet hat. Wenn sich dieser Vorstand nicht m e h r um die Frauendienstarbeit kümmern konnte, so lag es an den Verhältnissen im Landesverband Westfalen.

Als 1. Vorsitzende des Frauendienstes im Landesverband Westfalen habe ich große Opfer gebracht und mein möglichstes versucht. Wenn ich das mir gesteckte Ziel nicht erreicht habe, dann meine Herren und Damen, ist es nicht meine Schuld. Ich habe den besten Willen gehabt, positive Frauendienstarbeit zu leisten. Meine Teilnahme an der großen Frauendiensttagung des Ostbundes in Berlin am 9. März 1929 gab mir Mut, Kraft und Vertrauen für meine übernommene schwere Arbeit. Aber, meine Herren und Damen! Ich muß es hier offen aussprechen, daß ich in der Arbeit des Frauendienstes innerhalb des Landesverbandes Westfalen nur sehr wenig Verständnis und Unterstützung gefunden habe. Ich bin eine alleinstehende schwache Frau, habe große Opfer gebracht und mein möglichstes versucht. Wenn ich aber seitens der Ortsgruppen keine Unterstützung finde, ganz abgesehen von der Leitung des Landesverbandes Westfalen, dann muß auch meine Arbeit ohne Erfolg bleiben.

Vor allen Dingen ist es erforderlich, daß die Herren Vorsitzenden der Ortsgruppen in erster Linie ein Interesse für eine Frauengruppe an den Tag legen. Bis jetzt habe ich die Beobachtung machen müssen, daß, wenn der Herr Vorsitzende an einer Frauengruppe ein Interesse hat, eine solche auch zustande kommt und lebensfähig bleibt. Um solche Ortsgruppen, die eine Frauengruppe haben, ist es dann auch gut bestellt, denn die Frauen haben dann ein großes Interesse an den Ortsgruppenversammlungen, die auch immer gut besucht sind. Auch wissen wir aus eigener Erfahrung, daß ohne Frauengruppe kein Schwung in der Ortsgruppe ist. Darum ran an die Arbeit! Gründen wir eine Frauengruppe dort, wo noch keine besteht. Sie werden sagen: Ja, stellen Sie mir eine Frau als Leiterin! Meine Herren und Damen! Schätzen Sie unsere ostmärkischen Frauen doch nicht so schlecht ein. In jeder Ortsgruppe findet sich bestimmt eine Frau, die die Leitung der Frauengruppe übernimmt. Es muß aber nur der Ansporn dazu gegeben werden, und der Ortsgruppenvorsitzende muß die Vorarbeiten leisten. Wenn Sie aber für Zusammenkünfte Material brauchen, wenden Sie sich doch, meine sehr geehrten Damen, an Frau Heerdegen vom Frauenreferat des Deutschen Ostbundes in Berlin, die wird Ihnen für die ersten Frauenzusammenkünfte bestimmt das wirkende Material zur Verfügung stellen. Die Wohlfahrtspflege muß zur Hauptaufgabe unseres Frauendienstes werden. Sehen Sie sich andere Organisationen an. Warum geht es dort? Und warum stehen dort die Frauengruppen in so großer Blüte? Mit Kaffee und Kuchen allein ist auch nichts zu machen. Intensive Arbeit muß einsetzen, dann bleibt auch der Erfolg nicht aus. Was in anderen Organisationen möglich ist, das müssen wir auch im Landesverband Westfalen erreichen. Darum einen dicken Strich unter das Jahr 1929 und rann an die Arbeit im Jahre 1930. Sie werden sehen, daß Sie selbst an dieser Arbeit Freude haben werden. Ich würde mich freuen, wenn in kürzester Zeit neue Frauengruppen in unserem Landesverband Westfalen erstehen.

Darum mit Gott an die Frauendienstarbeit im Jahre 1930.

Frau Q u i l i t z,
Wanne-Eickel, Unser-Fritz-Straße 47.

*

Der Frauendienst Berlin-Süd hielt am 20. Februar seine Jahreshauptversammlung ab. Nach Verlesung des Jahres- und Kassenberichtes wurde der Gesamtvorstand entlastet und die Neuwahl vorgenommen. Der neue Vorstand setzt sich nunmehr zusammen aus der 1. Vorsitzenden Frau Blume; 2. Vorsitzenden Frau Semrau; 1. Schriftführerin Frau Rapp; 2. Schriftführerin Frau Gehrke; 1. Kassiererin Frau Steinhorst; 2. Kassiererin Frau Morenz; Beisitzerin Frau Patzer. Anschließend an die Versamlung fand ein Fastnachtskränzchen statt; bei Kaffee, Kuchen und Tanz blieben die Mitglieder noch einige Stunden gemütlich beisammen.
R.

Wiedersehensfeier ehemaliger Wollsteinerinnen in Berlin.

Fünfzehn ehemalige Schulfreundinnen und einige ältere Wollsteinerinnen waren der liebenswürdigen Einladung ihrer Landsmännin Frau Stadtoberingenieur Anni Jakob und ihres Gatten gefolgt; aufopfernd haben diese beiden Gastgeber rührig alle Karten verschickt, ihr schönes Heim als Treffplatz gewählt und mit Kaffee, Kuchen und abendlicher Tafel bis spät in die Nacht die Wollsteinerinnen bewirtet. Die Parole war „Wollstein", und alle kamen. War das ein Wiedersehen, eine Freude, einzelne hatten sich 10, 12, ja sogar 15 Jahre nicht gesehen; alte liebe Schulerinnerungen wurden ausgetauscht, von den Einsegnungen und Hochzeiten gesprochen, der lieben Verstorbenen gedacht und nach dem jetzigen Ergehen und Wohnort geforscht; als der Hausherr auf dem Odeon eine gute Platte spielen ließ: „Aus der Jugendzeit", als eine liebe Wollsteinerin herrliche Heimat- und Mutterlieder zur Klavierbegleitung sang, lauschten alle andächtig. Fast alle verheiratet, redeten wir uns nur mit den Mädchennamen an, und immer wieder hörte man: Weißt du noch? Denkst du noch? Es wurde eine ganz treudeutsch markige Ansprache von Emma Weiser (jetzt Frau Wittchen) gehalten; eine Rückschau in Gedichtform von Hedwig Preuß (jetzige verwitwete Frau Meer) vorgetragen; dann ein Lied nach der Melodie „Steh ich in finstrer Mitternacht" von Hede Maetzker (jetzt Frau Foerster) gesungen. Da übermannte uns alle das grenzenlose Heimweh nach unserer verlorenen Heimat, unserm lieben Wollstein, und heiße Tränen flossen. Eine kleine fünfjährige Berlinerin meinte, was habt ihr denn alle verloren, daß ihr so weint, was ist denn das? Heimat? O du liebe Unschuld ahnst nicht, was alle unsere Kinder durchlebt und verloren haben. Einstimmig wurde beschlossen, im Jahre 1931 zum hundertjährigen Bestehen der lieben evangelischen Heimatkirche nach Wollstein zu fahren und sich dort wiederzusehen; ein Herz, eine Seele, ein einziger Gedanke „Heimat Wollstein" schwebte über dieser Wiedersehensfeier, die allen Teilnehmern unvergeßlich bleiben wird und beim Auseinandergehen zum Ausdruck kam im Gruß: „Auf Wiedersehen in Wollstein!"

H e d w i g M e e r.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Frau Ruth Heerdegen, Berlin-Mariendorf. — Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf: Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co., G. m. b. H., Berlin SW 68.

Entschädigungswesen.

Kurssteigerung der Reichsschuldbuchforderungen.

Die Erwartungen auf eine allgemeine Zinsverbilligung, die man zu Beginn des neuen Jahres gehegt hat, sind leider nur zum Teil erfüllt worden. Während die Reichsbank ihren Diskontsatz im Laufe der ersten Monate des neuen Jahres von 7 auf 5 v. H. herabgesetzt hat, ist der Satz für länger befristete Gelder ganz unwesentlich zurückgegangen. Jedoch haben die fest verzinslichen Werte, besonders die Reichsschuldbuchforderungen, ganz erheblich durch die Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes profitiert. In welchem Ausmaße die Kurssteigerungen der Reichsschuldbuchforderungen erfolgt sind, geht aus nachstehender Gegenüberstellung der Mitte Dezember 1929 und der am 8. März d. J. genannten Kurse deutlich hervor:

	Mitte Dezember 1929	am 8. 3. 1930
1931	etwa 93 %	etwa 96 %
1932	„ 89 %	„ 94 %
1933	„ 84 %	„ 89,5 %
1934	„ 80 %	„ 86,5 %
1935	„ 77 %	„ 84 %
1936	„ 74 %	„ 81,5 %
1937	„ 70,5 %	„ 79 %
1938	„ 69 %	„ 76,5 %
1939	„ 68 %	„ 75,5 %
1940	„ 66 %	„ 74 %
1941	„ 65 %	„ 72,5 %
1942	„ 65 %	„ 71,5 %
1943	„ 64 %	„ 70,5 %
1944/48	„ 62 %	„ 70,5 %

Die aus vorstehender Zusammenstellung sich ergebenden bedeutenden Kurssteigerungen der Schuldbuchforderungen werfen die Frage auf, ist es vorteilhaft, die Schuldbuchforderung zu den jetzigen Kursen zu verkaufen, oder kann man mit einer weiteren Steigerung der Kurse im Laufe dieses Jahres rechnen? Eine bestimmte Antwort läßt sich selbstverständlich nicht mit Sicherheit geben. Angesichts der doch bekannten schwierigen Lage der Reichsfinanzen und der traurigen Tatsache der Tributzahlungen wird Inlandskapital in den nächsten Jahren kaum in erheblichem Maße zum Erwerb von Schuldbuchforderungen vorhanden sein. Auch das Ausland dürfte unseres Erachtens für die nächste Zeit kaum in größerem Maße als Käufer in Frage kommen, da die Verzinsung der Reichsschuldbuchforderungen, die sich für den Erwerber durch die eingetretene Kurserhöhung auf etwa 8 v. H. gegen früher 9 und 10 v. H. stellt, dem Auslande nur geringen Anreiz zum Kauf von Schuldbuchforderungen bietet, zumal andere fest verzinsliche Wertpapiere, wie Rentenbriefe, Goldpfandbriefe, Liquidationspfandbriefe usw. eine höhere Verzinsung aufweisen. Aus diesem Grunde halten wir eine Verwertung der Schuldbuchforderungen zu den jetzigen Kursen für nicht ungünstig. Besonders für die Besitzer der kurzen Fälligkeiten, etwa von 1930 bis 1935, dürfte ein Umtausch in höher verzinsliche Wertpapiere wie Goldpfandbriefe, Rentenbriefe und Liquidationspfandbriefe, die neben einer vorzüglichen Sicherheit eine Verzinsung von 9 v. H. — letztere sogar unter Umständen von über 13 v. H. — bieten, empfehlenswert sein. Auch möchten wir ausdrücklich auf die Preußischen Rentenbriefe hinweisen, die eine Rendite von über 8 v. H. haben. Der Erwerber der Rentenbriefe fördert die Siedlungstätigkeit und gibt durch den Ankauf derselben dem Staate die Mittel in die Hand, vielen Verdrängten wieder eine eigene Scholle zu verschaffen. Hierdurch sorgt er für die Allgemeinheit und letzten Endes für sich selbst.

Die Geschädigtenhilfe des Deutschen Ostbundes, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43, ist gern bereit, den Interessenten beratend zur Seite zu stehen. In geeigneten Fällen wird auch die Vermittlung von Darlehen zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen möglich sein.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf Grund vieler Anfragen, die an uns gerichtet worden sind, darauf hinweisen, daß die Kapitalertragssteuer von Schuldbuchzinsen vorläufig noch in jedem Falle gezahlt werden muß, jedoch bleibt es der Entscheidung der zuständigen Finanzämter, die in dieser Beziehung neue Weisungen erhalten haben, überlassen, die Kapitalertragssteuer unter Berücksichtigung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Schuldbuchgläubigers ganz oder teilweise zurückzuerstatten.

Aufwertung deutscher Vermögen in Polen.

Aufwertung der Sparkassenguthaben.

Auf immer wiederkehrende Bitten unserer Ortsgruppen geben wir nachstehend erneut einen Bericht über die Aufwertung der Sparkassen in Polen: Es ist bekannt, daß die endgültige Regelung der Aufwertungsfragen von der den Kassen gehörigen deutschen Reichsanleihen abhängt, die erst nach Ratifizierung des am 5. Juli 1928 geschlossenen deutsch-polnischen Aufwertungsabkommen erfolgen kann. Obwohl deutscherseits das Abkommen längst ratifiziert ist, warten wir noch immer auf die Ratifizierung seitens des polnischen Staates. Nach dem Gesetz haben wir so lange keinen Anspruch auf Auszahlung der Aufwertungssummen; nur von den Kreissparkassen in Bromberg, Mogilno, Kolmar, Konitz, Thorn und den Stadtsparkassen in Pudewitz, Thorn, Tremessen ist es uns gelungen, Aufwertungssummen zu erhalten. Wir bitten daher etwa noch vorhandene Sparbücher dieser Kassen an uns einzusenden, damit wir die noch ausstehenden Beträge einziehen können.

Die Quoten sind bei einigen Kassen so niedrig festgesetzt, daß es nicht vorteilhaft wäre, die Auszahlung zu beschleunigen, weil zu hoffen ist, daß eine Nachtragsquote festgesetzt wird.

Um Zeit, Arbeit und Porto zu sparen, möchten wir bitten, von Anfragen über Auszahlung der Aufwertungssummen weiterer Sparguthaben in Polen abzusehen. Sobald sich etwas ändert, werden wir an dieser Stelle darüber berichten. Bei der Riesenzahl der Gläubiger können wir uns unmöglich darauf einlassen, allen einzeln immer wieder den Bescheid zu geben, daß zur Zeit noch nichts zu erlangen ist.

Die Beratungsstelle des Deutschen Ostbundes für die Aufwertung deutscher Vermögen in Polen. v. L.

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Ost beging ihr Wintervergnügen am 25. Februar in Form eines Kappenfestes. Den Höhepunkt dieses Festes bildete gewiß die karnevalistische Überraschung, welche uns durch unser Mitglied, den Vortragskünstler Herrn Bruno E. Walter geboten wurde, wie wir sie noch nie im Deutschen Ostbund zu sehen Gelegenheit hatten. Unter den Klängen des Kölner Klüngel-Büttenmarsches zogen, mit seidenen Narrenkappen, Zeremonienstab und mit Karnevalsorden und -bändern geschmückt, die Mitglieder Stephan jun., Bruno E. Walter und Mikulla jun. zur kleinen Bühne hinauf, die in den Farben des Rheinlandes geschmückt war. Herr Bruno E. Walter leitete die Karnevalsstunde voll rheinischen Humors. Mit humorvoller Ansprache führte er vom einfachen Festabend hinüber in das lustige witzsprühende Reich des närrischen Prinzen Karneval. Es wehte von der Bühne herab ein mitreißender Hauch ausgelassener Freude. Herr Bruno E. Walter hielt selbst echte kölnische Büttenreden, die stürmischen Beifall fanden. Mitvorgetragen haben die Damen Charlotte Mikulla und Edith Jakob sowie Herr Mikullasen. Im Fluge verging bei diesem uns Ostmärkern unbekannten Humor die Zeit. Der Vergnügungsleiter Herr Jacob trat wieder in seine Rechte. Unter allerlei schnurrigen Sachen ging das Fest zu Ende, bei dem alle auf ihre Rechnung gekommen sind.

Die Ortsgruppe Eberswalde veranstaltete am 31. Januar eingedenk des Tages, an dem vor rund zehn Jahren die deutschen Ostgebiete den Polen übergeben werden mußten, eine Trauer- und Treuekundgebung. Der „Märkische Stadt- und Landbote“ schrieb in seinem Bericht über diese: „Sie trug nicht den Charakter einer der vielen üblichen Feierlichkeiten; nein, der Abend war der verzweifelte Aufschrei eines zu Unrecht vertriebenen Volkes, das seine alte Heimat nicht vergessen kann und auch nicht vergessen will, eines Volkes, das in zähem Wollen die kraftvolle Hoffnung zur Gewißheit führen wird, daß dereinst die deutsche Flagge wieder über jenen Landstrichen weht, die trotz allen internationalen Entscheidungen zu vollem Recht jahrhundertelang nach Kultur und Zivilisation zu uns gehören.“ Eingeleitet wurde der Abend durch einen wirkungsvollen Vorspruch, vorgetragen von Herrn Lehrer Grams. Danach richtete Herr Superintendent Lic. Gelshorn, zugleich im Namen des V. D. A., Begrüßungsworte an die Anwesenden. Im Verlauf seiner Ausführungen betonte der Redner, daß wir Deutschen um die verlorenen Ostgebiete trauern wie um einen Bruder, der uns zwar für einige Zeit entrissen worden ist, dessen Wiederkehr wir aber sehnlichst erhoffen. Nicht die rohe Gewalt der Waffen kann auf die Dauer im Völkerringen siegen, und nur das Land hat Aussicht auf Erfolg, das in der Kulturarbeit voranging. Oberbürgermeister Dr. Zühr führte darauf aus, daß Heimatliebe niemals aufhören dürfe. Den Ostmärkern rief er zu:

„Ihr Schmerz ist unser Schmerz, Ihre Sache ist unsere Sache. Sie sind die Märtyrer des deutschen Ostens gewesen. Nur weil sie deutsch waren, sind Sie von Ihrem Grund und Boden vertrieben worden. Nie sollen Sie Ihre alte Heimat vergessen, aber Sie sollen auch Ihre neue Heimat liebgewinnen; und was ich dazu tun kann nach bestem Wissen und Gewissen, das werde ich tun. In dieser feierlichen Stunde verspreche ich es, in dieser heiligen Stunde gelobe ich es.“

Der Abiturient Langfelder sprach hierauf mit ergreifendem Ausdruck: „Im Grenzland“ von H. Menzel, darauf sang Frl. Lore Strätz mit gut geschulter Stimme „Heimat“ von Kaun und das ergreifende „Heimweh“ von Wolff. Studienrat Brandt war der Sängerin ein feinsinniger Begleiter. Es folgte noch Dobbermanns „Wir übergeben einen Rosengarten“, deklamiert von Frl. Frieda Njammasch. Den Vortrag des Abends hielt der erste Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Lehrer Radeck. In eineinhalbstündiger Ausführung gab er einen Überblick über die 10 Jahre, in denen der deutsche Osten nunmehr unter polnischer Herrschaft steht, und schilderte beredt an Hand eindrucksvoller Beispiele, auf welche

Weise das vordringende Slaventum deutsches Wesen auszurotten versucht. Eine Reihe vorzüglicher Lichtbilder aus den verlorenen Ostgebieten umrahmte den Vortrag. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Mahnruf, endlich wieder den Bug des deutschen Schiffes nach dem Osten zu wenden, dorthin, wo die Grenzsteine mit der inhaltsschweren Aufschrift „Versailles, 28. 6. 1919" und die Kreuze auf den Gräbern von den Tagen letzter Kämpfe um die Ostheimat eine ernste Sprache zu uns reden. Unter Hinweis auf die den Saal schmückenden trauerumflorten Wappen uns entrissener ostmärkischer Städte wurde ein Treuegelöbnis abgelegt, das mit dem Bekenntnis schloß: Immer soll uns die Ostmark sein heiliges deutsches Land, Heimat und Vaterland. Danach sang man gemeinsam „das Niederländische Dankgebet". Wie ein Bekenntnis klang das gewaltige „Herr mach uns frei!" durch den Saal.

Landesverband Ostmark.

Ostmärkische Kundgebung in Frankfurt a. d. O.

Die Ortsgruppe Frankfurt a. d. O. des Deutschen Ostbundes gestaltete die Feier ihres zehnjährigen Bestehens zu einer großen Kundgebung für die deutsche Ostmark. Am Sonntag, den 2. März, strömten etwa tausend Menschen zu den festlichen Räumen des Konzerthauses Bellevue, wohin die feiernde Ortsgruppe (Verein heimattreuer deutscher Posener E. V.) geladen hatte. Bereits um 4 Uhr nachmittags begrüßte die Kapelle des 3. (Preuß.) Artillerieregiments unter der Leitung des Obermusikmeisters Müller mit einer Festouvertüre von Leutner die Erschienenen; klassische Musik und Märsche folgten in meisterhafter Darbietung; besonders der Fanfarenmarsch erweckte Begeisterung. Zahlreiche heimattreue Verbände (Ost- und Westpreußen, Pommern, Oberschlesier u. a.), Regimentsvereine, der V.D.A., unsere Ortsgruppen Cottbus, Fürstenberg, Fürstenwalde, Guben, Lebus, Neudamm, Reppen, Sternberg usw. waren mit ihren Mitgliedern und vielfach auch mit Fahnenabordnungen herbeigeeilt, um der Kundgebung beizuwohnen. Einen Vorspruch von Walter Sprink trug der Jungostmärker Berthold Kriebel vor, während unter Leitung ihres Dirigenten Kantors Kroenke die Chorvereinigung der Ortsgruppe in ausgezeichneter Schulung heimatliche Lieder darbot. Der 1. Vorsitzende, Stadtrat Bartel, begrüßte in herzlichen Worten die Festteilnehmer und gab einen Rückblick über die Geschichte des Vereins; in Vertretung des leider erkrankten Landesverbandsvorsitzenden Justizrats Voß überbrachte Steuerinspektor Floegel-Guben die Grüße des Landesverbandes Ostmark des Deutschen Ostbundes. Nach Sologesängen der am Flügel von ihrem Gatten begleiteten Konzertsängerin Frau Figur-Cottbus, die großen Beifall auslösten, nahm Bundespräsident Dr. Lüdtke zu seiner Festrede das Wort, worüber die „Frankfurter Oder-Zeitung" wie folgt berichtete: „Dr. Lüdtke überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Präsidiums des Deutschen Ostbundes; er erinnerte an die Notzeit der deutschen Ostmark und daran, daß in Frankfurt a. d. O. gerade in der damaligen Zeit der Heimatgedanke zur festen Form geworden ist. Er erinnerte an die Notizen der Ostmark in früheren Jahrhunderten, die doch wieder deutsch wurde und so einst wieder deutsch werden wird. Er überreichte Herrn Friseurmeister Laube und Konrektor Stegemeyer die Ehrenurkunde des Deutschen Ostbundes und wies darauf hin, daß in den polnischen Schulen auch deutschen Kindern gesagt wird, daß das Land bis zur Oder und darüber hinaus bis zur Elbe polnisches Erbe wäre und wieder polnisch werden würde und gedachte der Deutschen in der entrissenen Ostmark und im Ausland überhaupt. Nicht Traum soll das einstige Großdeutschland bleiben, in dem das ganze Deutschland vereint sein wird. Reicher Beifall dankte dem Redner."



Chorvereinigung der Ostbund-Ortsgruppe Frankfurt a. O. Dirigent: Kantor Kroenke.

Die Jungostmärkerin Irmgard Röhr trug ein packendes Heimatgedicht vor; die Tanzschule des Frl. Jutta von Knoblauch erfreute durch eine Reihe von Darbietungen, in denen sich das rhythmische Können und die Anmut der jungen Frankfurterinnen zeigte. Aus dem reichhaltigen Programm sei noch besonders ein Volksstück „Die Alten von Tannenberg" hervorgehoben, das gut gespielt wurde. Es fand, wie alles, was dieser Festtag brachte, dankbare Anerkennung. Ein Ball beschloß den Abend, der mit seiner heimatlichen Stimmung allen Teilnehmern unvergeßlich bleiben wird.

Landesverband Ostpommern.

Die **Ortsgruppe Stolp** feierte am 1. Februar ihr Wintervergnügen „Ein Sommerfest in Graudenz". Die Wappen der abgetretenen Städte, der Wahlspruch des Ostbundes, und zwei Gemälde, in farbenfroher Ausführung die Städte Graudenz und Thorn darstellend, schmückten den Saal. Der Abend wurde eingeleitet mit einem Konzert, Vorspruch auf die entrissenen Lande (Frl. Uhlich), einer Ansprache des Vorsitzenden Studienrat Huffnagel und das gemeinsam gesungene Westpreußenlied. In der Wehr eines Ordensritters trat dann der Verlagsbuchhändler Oskar Eulitz, unser alter Verleger der Ostmarkenliteratur, geleitet vom Kapitän Hache, auf die Bühne und berichtete, was er als der Ordenskomtur Berthold, als Gründer und erster Verweser der Burg, im Laufe der Jahrhunderte in Graudenz gesehen, von der Verleihung der Stadturkunde im Jahre 1291 bis zur Vertreibung der Deutschen nach dem Weltkrieg. Er schloß mit den Worten, die Paul Fischer den tapferen Verteidiger der Festung Graudenz sprechen läßt:

„Der letzte Wall für Pflicht und Ehr
Soll immer Graudenz heißen;
Und gibt es einst kein Graudenz mehr,
So gibt es auch kein Preußen."

Nach der ersten Strophe des Deutschlandliedes erschien ein alter Graudenzer, der 73jährige Sanitätsrat Jonas, angetan mit der Ordenskette der Oberbürgermeister von Graudenz in grauem Zylinder, begrüßte die Gäste in humorvoller Weise und erklärte die Gründung der alten Feste Graudenz mit feinem Humor. Aus dem brausenden Beifall konnte man die Wirkung dieser humorvollen Ausführungen ermessen. Zum Schluß übergab der Oberbürgermeister dem Kapitän Otto Hache, auch einem alten Graudenzer, die weitere Leitung des Festes. Gesangsvorträge, Tanz und humoristische Vorträge hielten die Besucher in Atem. In den Nebenräumen war das Kaiserkaffee in Graudenz eingerichtet, in dessen reizend dekorierten Räumen eine zweite Kapelle zum Tanz aufspielte. Karpfenteich und Tombola brachten schöne Gewinne, besonders auch östliche Heimatliteratur. Während des Festes lief eine Depesche ein: „Zum Graudenzer Fest senden herzlichste Grüße, Die alten Graudenzer Kriedte", die sofort erwidert wurde. Außerdem wurden Postkarten an zurückgebliebene Graudenzer gesandt. Buchhändler Kriedte, Graudenz, hatte Postkarten von Graudenz gestiftet. Auch diese fanden guten Absatz. Für den Neubau des Gymnasiums in Graudenz wurden Bausteine verkauft. Schwer trennte man sich in früher Morgenstunde von den die traute Heimat vortäuschenden Räumen in dem Bewußtsein, ein frohes und schönes Fest erlebt zu haben. Besonderen Dank verdient Herr Kaufmann Otto Hache, der die Idee für das Fest gegeben und in seiner bekannten rastlosen Arbeit für die gute Aufstellung und Abwicklung des Programms gesorgt hatte. Falls andere Ortsgruppen, in denen sich Graudenzer befinden, das Fest ebenso bei sich ausführen wollen, sind wir bereit, die Saaldekoration und die Ansprachen, Prolog usw. für eine mäßige Leihgebühr zur Verfügung zu stellen. Anfragen dieserhalb sind an Verlagsbuchhändler Oskar Eulitz in Stolp zu richten.

Landesverband Westpreußen.

Der Landesverband Westpreußen hielt am 23. Februar unter Vorsitz des Herrn Redakteurs Dehler-Elbing seine Jahreshauptversammlung im Ratskeller zu Marienburg ab, zu der die Delegierten sämtlicher Ortsgruppen (mit Ausnahme von Marienwerder) erschienen waren. Nach der Begrüßung durch Herrn Dehler und den Vorsitzenden der Ortsgruppe Marienburg, Herrn Oberpostinspektor Gruhn, erstattete Herr Stadtobersekretär Becker-Elbing den sorgfältig ausgearbeiteten Jahresbericht. Der vom Schatzmeister, Herrn Kaufmann Hans Holzmann-Elbing, mitgeteilte Kassenbericht wies eine geregelte und gutfundierte Kassenführung nach. Die beantragte Entlastung des Schatzmeisters und Vorstandes wurde ausgesprochen. Die Vorstandswahl hatte folgendes einstimmige Ergebnis: Landesverbandsvorsitzender Herr Redakteur Dehler-Elbing, Stellvertreter Herr Oberpostinspektor Gruhn-Marienburg, Geschäftsführer Stadtobersekretär Herr Becker-Elbing, Stellvertreter Obermeister Herr Zeep-Elbing, Schatzmeister Herr Kaufmann Holzmann-Elbing, Stellvertreter Herr Gutsbesitzer Fischer-Rosenberg und Berater des Landesverbandes Herr Eisenbahnobersekretär Stoll-Elbing. Anschließend an die Jahreshauptversammlung wurden interne Ortsgruppenangelegenheiten erledigt und Rosenberg als nächster Versammlungsort bestimmt. Am Abend veranstaltete die Ortsgruppe Marienburg einen öffentlichen Kulturabend mit einem recht gut ausgestatteten Programm. Vorspruch, Deklamationen, Gesänge des Deutschen gemischten Chors und

ein Winzerreigen wechselten in bunter Reihenfolge und ernteten großen Beifall. Herr Oehler sprach über die Not der aus Polen ausgewiesenen Deutschen, und schilderte ihr zähes Bestreben, überall dort, wo sie jetzt ansässig sind, ihr Leben so zu gestalten, „wie's daheim war". Die völlige Überparteilichkeit des Deutschen Ostbundes mache jedem Deutschdenken die Mitgliedschaft leicht. Dem Redner wurde lebhafter Beifall zuteil.

Landesverband Bezirk Magdeburg.

Der Landesverband Bezirk Magdeburg hielt am 23. Februar seine Jahreshauptversammlung ab, zu der von 17 Ortsgruppen Vertreter entsandt waren. Der Vorsitzende, Herr Belke, hob bei der Begrüßung der Erschienenen besonders hervor, daß der Deutsche Ostbund keine Parteipolitik treibe, sondern lediglich Ostmarkenpolitik mit dem Ziele der friedlichen Wiedergewinnung der uns geraubten Ostgebiete, daß er sich dieses Recht, um die Wiedergewinnung der verlorenen Heimat mit friedlichen Waffen zu kämpfen, aber von niemand verbieten lasse. Dann überreichte er dem Schriftführer, Herrn Lehmann, und dem Kassierer, Herrn Klamm, in Anerkennung ihrer verdienstvollen ehrenamtlichen Tätigkeit die Ehrenurkunde des Deutschen Ostbundes. Der Landesverband hat einen sehr eifrigen Verfechter der Ostbundsache, Herrn Pfarrer Ahlemann, dadurch verloren, daß dieser als Superintendent nach Schkeuditz versetzt worden ist. Die Ortsgruppe Schönebeck, der er als Mitglied angehörte, hat ihn unter Zustimmung des Präsidiums des Deutschen Ostbundes zum Ehrenmitgliede ernannt. Sodann erstattete der Schriftführer Lehmann den Jahresbericht für 1929. Von den satzungsmäßig ausscheidenden Vorstandsmitgliedern Lehmann, Klamm und Heinrich wurden die beiden ersteren einstimmig wiedergewählt, während für den nach Zerbst versetzten Herrn Heinrich der jetzige Vorsitzende der Ortsgruppe Halberstadt gewählt wurde. Als Tagungsort für eine im Laufe des Jahres etwa erforderlich werdende außerordentliche Vertreterversammlung wurde Tangerhütte bestimmt.

Nachdem der Vorsitzende nach Erledigung der Tagesordnung die Ortsgruppenvertreter noch eindringlichst ermahnt hatte, für pünktliche Abführung der Bundes- und Landesverbandsbeiträge und Innehaltung der im Geschäftsverkehr festgesetzten Fristen Sorge zu tragen und noch mehr als bisher auf die Werbung neuer Mitglieder und die Vertreibung des Ostdeutschen Heimatkalenders bedacht zu sein, schloß er mit Dankesworten an die Erschienenen die sehr rege, aber in voller Einmütigkeit verlaufene Tagung, der sich eine gemeinsame Mittagstafel mit 31 Teilnehmern anschloß.

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Ortsgruppe Dortmund. Der neugewählte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vors. Lehrer Joseph Sieg, Oesterholzstr. 23; 2. Vors. Emil Busse, Oesterlandwehrstr. 5; Hauptkass. Hermann Bleck, Mozartstr. 3½; Schriftf. Franz Arendt, Körne-Alte-Straße 13; Vors. der Gesanggruppe: Schröder, Roßstr. 37; Leiterin des Frauendienstes: Frau Riesler, Burgholzstr. 118.

Ortsgruppe Duisburg. Der neugewählte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vors. Rektor Paeschke, stellvertr. Vors. W. Glow, 1. Schriftf. Geometer Lobitz, stellvertr. Schriftf. Sauer, 1. Kass. Haudtke, stellvertr. Kass. Bigalke.

Ortsgruppe Essen. Die Anschrift der neuen Geschäftsstelle lautet: Henriettenstr. 21; Fernruf: 345 38.

Die **Ortsgruppe Gladbeck** hat in der am 23. Februar abgehaltenen Generalversammlung folgenden Vorstand neu gewählt: 1. Vors. Gustav Primas, Wiesenstr. 16; 1. Schriftf. Fritz Runge, Landstraße 61; 1. Kassierer Otto Hoffmann, Horststr. 73; Kulturpfleger Ernst Seifert, Bohnekampstr. 52.

Landesverband Wasserkante.

Die Ortsgruppe Lübeck hatte mit dem am 3. Februar veranstalteten Lichtbildervortrag einen ganz erfreulichen Erfolg zu verzeichnen. Schon einige Zeit vor Beginn des Vortrages war der obere Saal der „Gemeinnützigen Gesellschaft" überfüllt, so daß leider eine Anzahl Besucher umkehren mußte. Der Vorsitzende, Herr Dümke, begrüßte die Anwesenden und sprach dann über „Verlorenes — nie vergessenes deutsches Land". Die von Herrn Dr. Müller vorgeführten Lichtbilder, die zumeist Herr Stadtrat Kronthal aus seiner Sammlung zur Verfügung gestellt hatte, führten uns die abgetretenen Gebiete im Westen und Norden, besonders aber unsere Posener und westpreußische Heimat vor Augen und lösten bei so manchem Landsmann Gefühle wehmütiger Erinnerung aus. Herr Hauptpastor Kanitz hielt dann eine eindrucksvolle Ansprache, die in der Aufforderung zum Eintritt in den Ostbund gipfelte und erfreulicherweise auch eine Anzahl Beitrittsmeldungen zur Folge hatte. In der sich anschließenden Hauptversammlung wurden neu in den Vorstand die Herren Hauptpastor Kanitz (stellvertretender Vorsitzender), Frl. Heimann (stellvertretende Schriftführerin) und Frau von Bernstorff (Kulturwart) gewählt und der Jahresbeitrag ermäßigt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Der Verein der Ost- und Westpreußen überbrachte durch seinen Vorsitzenden herzliche Grüße. Es wurde beschlossen, recht bald einen ostmärkischen Familienabend zu veranstalten. Hoffentlich helfen alle Mitglieder der Ortsgruppe dazu beitragen, daß der erzielte Erfolg zu einem dauernden festen Zusammenschluß aller Landsleute in unserer Ortgruppe führt.

Ostmärkische Heimatnachrichten.

Persönliches.

Justizrat Dr. Fritz Orgler †.

Am 10. März starb Herr Justizrat Dr. Fritz Orgler in Berlin an den Folgen eines vor längerer Zeit schon erlittenen Unfalls. Mit ihm ist ein weiteres Mitglied des früheren deutschen Magistrats von Posen aus dem Leben geschieden. Er gehörte durch Geburt und Einstellung der Provinz Posen an. Groß waren seine Interessen für das kommunale Leben. Auch sein Vater hat sich als Stadtverordneten-Vorsteher viele Jahre um das Wohl Posens verdient gemacht. Dr. Fritz Orgler war von Beruf Rechtsanwalt, widmete aber seine Tätigkeit mehr kommunalen Fragen als seiner Praxis. Im Magistrat bearbeitete er insbesondere juristische Fälle, war aber auch sonst stets bereit, einzuspringen, wenn es notwendig wurde. Sein freundliches Wesen und seine Hilfsbereitschaft gewannen ihm viele Freunde, die mit der Familie und mit den noch lebenden Mitgliedern des früheren Posener Magistrats seinen Heimgang bedauern und ihm ein treues Gedenken bewahren werden.

Dr. Wilms-Posen, Oberbürgermeister a. D.

Der neue Regierungspräsident von Stettin.

Als Nachfolger des zum Oberpräsidenten in Stettin in Aussicht genommenen Regierungspräsidenten Dr. v. Halfern, Stettin, hat das preußische Innenministerium dem preußischen Kabinett den Ministerialrat im Innenministerium Dr. Simons in Vorschlag gebracht. Simons ist der Sohn des früheren Reichsgerichtspräsidenten. Er ist im Nebenamt Direktor der Hochschule für Politik und gehört der sozialdemokratischen Partei an.

Regierungspräsident Bartels tritt zurück.

Regierungspräsident Bartels in Frankfurt a. d. O., Mitglied der sozialdemokratischen Partei, hat den preußischen Innenminister um Versetzung in den Ruhestand zum 1. Juli d. J. gebeten. B. steht seit 1919 dem Frankfurter Regierungspräsidium vor. Vorher war er Schriftleiter der „Märkischen Volksstimme" in Cottbus. Als Grund für sein Rücktrittsgesuch gibt B. körperliche Behinderung durch ein Beinleiden an.

Otto Pflegert.

Der Rechtsanwalt und Notar Otto Pflegert feiert am 29. März die silberne Hochzeit. Er ist am 30. März 1875 in Schildberg (Posen) als Sohn des dortigen Bürgermeisters geboren, studierte in Breslau die Rechte und war als Referendar zur weiteren Ausbildung bei den Gerichten in Breslau. Im Januar 1903 bestand er die große Staatsprüfung, war als Gerichtsassessor in Oberschlesien tätig und ließ sich dann als Rechtsanwalt und Notar in Christburg (Westpr.) nieder. Von 1915 bis 1920 war er Rechtsanwalt und Notar in Schwetz (Westpr.) und auch stellv. Kreissyndikus bei dem dortigen Landratsamt. Nach Abtretung des Schwetzer Gebietes an Polen siedelte er nach Liegnitz über, wo er seit Jahren im Entschädigungswesen der verdrängten Ostmärker und im Vorstand des Landesverbandes des Deutschen Ostbundes für Niederschlesien als Schriftführer tätig ist.

Geh. Rat Wutzdorff 75 Jahre.

Geh. Rat Dr. med. Edgar Wutzdorff, der frühere Direktor des Reichsgesundheitsamts in Berlin, erreichte am 18. März sein 75. Lebensjahr. In Darkehmen (Ostpreußen) geboren, erhielt er seine Ausbildung auf der Ritterakademie in Liegnitz und der Kaiser-Wilhelm-Akademie in Berlin. 1876 promovierte er zum Dr. med. und wurde zum Unterarzt, zwei Jahre später zum Assistenzarzt und 1880 zum Oberarzt ernannt. Von 1886 an war er als Stabsarzt in Frankfurt tätig und wirkte 1892—94 im Kaiserlichen Gesundheitsamt, um dann in die Reichsverwaltung überzutreten. 1901 wurde er Mitglied des Reichsgesundheitsrats und 1902 Direktor. Seit 1920 lebt Wutzdorff im Ruhestand.

Vortrag des Herrn Pfarrer Dr. Horn.

Am Dienstag den 25. März, abends 8 Uhr, wird der unseren Lesern wohlbekannte Landsmann und frühere Posener Pfarrer, Herr Dr. Horn, im Gemeindehaus der Dreifaltigkeitskirche, Wilhelmstr. 115, einen Vortrag über das Thema: „Das intellektuelle Berlin und seine Beziehungen zur Provinz Posen 1793—1919" halten. Der Vortrag wird durch einige Lichtbilder illustriert. Wir hoffen, daß zahlreiche Landsleute dem Vortrag, der viel Interessantes bieten wird, beiwohnen werden. Der Eintritt ist frei.

*

Geboren: Ein Sohn Herrn Pfarrer Triebel in Hohenkirch (Wpr.); ein Sohn dem Prov.-Schulobersekretär Max Jonetz und Frau Anna, geb. Rauhut, in Berlin-Lichterfelde, früher in Racot, Kreis Kosten, und Posen bzw. Kowalew, Kreis Pleschen.

Silberhochzeit: Kaufmann Fritz Schmitto und Frau Elise, geb. Appelt, in Stettin, Gabelsbergerstraße 6 (früher Posen), am 16. 3.; Wilhelm Glow und Frau Helene, geb. Bartz, in Duisburg, Grabenstraße 178 (früher Graudenz).

Bejahrte Ostmärker: Frau Bertha Zerbe, fr. Posen, jetzt Berlin N, Kolberger Str. 21/22, am 14. 3. 81 J.; Gutsverwalter Eduard Hahnfeld, früher Grolewo, Krs. Birnbaum, jetzt in Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 103, am 18. 3. 83 J., Kriegsteilnehmer von 1870/71 und Ritter des E. K. 2.; Eisenbahnzugführer i. R. Gustav

Ruch in Liegnitz, Haynauer Str. 41, fr. Posen-Wilda, am 10. 3. 70 J.; Staatl. Hegemeister i. R. Wilhelm Lubitz in Golzow, Krs. Zauch-Belzig, Bez. Potsdam, fr. Karthaus (Westpr.), am 12. 3. 71 J.; Frau Elisabeth Kunze, geb. Krupp, in Kassel, Herkulesstr. 12, fr. in Posen 15 Jahre, in Moschin 10 Jahre, am 18. 3. 68 J.; Hilfsrottenführer Ernst Beier in Schwiebus, fr. in Stefanowo, am 28. 2. 70 J.; Opern-, Oratorien- und Liedersängerin, Kammersängerin Frau Luise Geller-Wolter, Berlin-Wilmersdorf, Holsteinische Str. 20, jetzt staatlich anerkannte Gesangspädagogin h. c., feiert am 27. 3. ihren 71. Geburtstag; vor den Deutschen des Ostens hat sie oft in Posen und Bromberg in Oratorien und Konzerten gesungen; Witwe Marie Rosenbaum, Duisburg, Grabenstr. 69, fr. Schwetz, am 6. 3. 73 J.; Wilhelm Schielke, Homberg, Moeserstr. 329, fr. Briesen, am 1. 1. 66 J.; Ehefrau Johanna Schielke, daselbst, am 8. 2. 72 J. Ein Beispiel gesunden, langlebigen Ostmärkertums ist die Familie Würtz, früher Kaisersthal bei Strelno, die im Jahre 1800 aus Südwestdeutschland ins Posensche kam. Die Nachkommen des Ansiedlers Georg Würtz haben sämtlich ein hohes Alter erreicht; es starben: Georg W. am 9. 9. 02, 90 J.; Paula W., verwitwete Schadke, geb. Klotzbücher, am 19. 6. 05, 85 J.; Charlotte Mutschler, geb. Würtz, am 28. 9. 25, 90 J.; Hermann W. in Frankfurt (Oder) am 18. 4. 28, 65 J.; Johann W. am 15. 6. 28, 90 J.; Wilhelm W. in Berlin am 10. 5. 25, 80 J.; Julie Klomp, geb. W., in Eberswalde am 27. 8. 29, 88 J.; von den Schwestern leben noch: Eva W. in Argenau am 12. 3. 78 J.; Emma Heymann, geb. W., in Gardelegen, fr. Bialoschewiec, Kr. Znin, am 4. 5. 70 J.; Paula Schott, geb. W., in Wornoze, Kr. Inowrazlaw, am 16. 9. 73 J. und Klara Hoffmann in Hohensalza am 24. 3. 69 J. alt; Ingenieur und Gutsbesitzer Oswald Schneider in Birnbaum am 14. 3. 80 J.; Rentner Herrmann Rutke in Heiligenbeil (Ostpr.), Wermkestr. 6, fr. Posen, am 22. 3. 77 J.; Hegemeister Otto Woydt, Kassierer der Ortsgruppe Landsberg (Warthe), am 14. 3. 75 J.; Frau Mathilde Dangel, geb. Hinz, in Elberfeld, fr. Bromberg und Hohensalza, am 23. 3. 69 J.; Frau Henriette Knorr in Rostock, Mühlendamm 30, am 7. 2. 86 J.; Wwe. Anna Klenke in Grünberg, fr. Buk, Kr. Grätz, am 9. 3. 80 J.; Frau Julie Ast in Bln.-Schöneberg, Merseburger Str. 6 I, fr. Posen, Karlstr. 37, am 23. 3. 88 J.; Frau Hauptlehrer M. Schipke in Schwiebus, Studentenstraße 4, fr. Posen, am 27. 3. 92 J.; Frau Marie Stellmacher, geb. Kleiber, in Hansdorf, Krs. Sagan, fr. Lissa i. P., am 3. 4. 75 J.; Schmiedemeister Eduard Leichnitz in Erfurt, Lachsgasse 6, am 24. 3. 75 J.; er war 38 Jahre in Kostbar bei Thorn als Schmiedemeister tätig, seine Ehefrau am 21. 2. 69 J.

Gestorben: Verwitw. Chausseeoberaufseher Berta Gottschling, geb. Schröer, in Calbe a. d. S., Arnstedtstr. 88, fr. Koschmin (Posen), am 29. 1., 73 J.; Eigentümer Theophil Popczynski, Berlin N 31, Ackerstr. 132, fr. Nakel, am 3. 3., 72 J.; Frau Johanna Dohnke, geb. Kranz, in Cottbus, fr. wohnhaft in Schmiegel, am 12. 1., 86 J.; Angestellter Johannes Moslein in Niederzwehren, Hackerswiesenweg 5, fr. Königsberg (Pr.), am 1. 3., 38 J.; der frühere Kaufmann Paul Bandtke in Posen (dem die ev.-luther. Gemeinde Posen im „Pos. Tagebl." einen ungewöhnlich warmen, langen Nachruf widmet), am 5. 3., 83 J., Louis Goldstein in Janowitz, der dort 22 Jahre lang Seelsorger der jüdischen Gemeinde war, am 5. 3., 77 J.; der Gastwirt Johannes Timm (genannt Vater Timm) in Greifswald, der 37 Jahre lang die bekannte Gastwirtschaft Domburg bewirtschaftete, am 14. 3., 73 J.; Frau Marie Sommerfeld, geb. Schülze, in Eichenhain, Kr. Schubin, am 16. 2.; Frau Pauline Rozynek, geb. Stenzel, in Zittau i. Sa., früher Bromberg, am 2. 11. 29; Pfarrer i. R. Brandt in Stargard (Westpr.), der Senior der Diözese Dirschau-Stargard, 71 J.; Frau Mathilde Gersmann, geb. Oborniker, in Samter, am 16. 3., 87 J.; Frau Kurtz in Borui bei Neutomischel; Frau K. war früher Besitzerin eines großen Bauernhofs; ihre Söhne fielen im Felde. Sie verkaufte den Hof; der Erlös wurde ihr von polnischen Aufständischen gestohlen. Frau K. mußte auf Kosten der Gemeinde als Ortsarme unterhalten werden. Nach Vertreibung der deutschen Besitzer blieb sie als einzige Deutsche im Ort. Die neuen polnischen Herren weigerten sich, ihr die ihr gesetzlich zustehenden Lebensmittel zu liefern; sie fand nirgends ihr Recht und ist verhungert; als man in ihr Stübchen eindrang, fand man ihre Leiche schon halb in Verwesung übergegangen vor.

„Der Haushalt ist der beste, in dem man nichts Überflüssiges will und nichts Notwendiges entbehrt", hieß es im Altertum.

In der heutigen Zeit hält man sowieso nur Ausschau nach dem Notwendigen, dabei Guten und Billigen. Hierbei sind in erster Linie Maggi's gebrauchsfertige Suppenwürfel zu nennen, weil sie um wenig Geld nahrhafte, wohlschmeckende Suppen in reicher Auswahl liefern. In Millionen von Haushaltungen sind diese praktischen Helfer der Küche ständig im Gebrauch.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Die Ostmärkische Frau" 16 Seiten.

400 Drucksachen

(Briefbogen, Rechnung., Postkarten, Kuverts mit Firma) 4 M. Nachn. **Sterndruckerei, Bernau bei Berlin.**

Verkaufe oder verpachte meine

Landwirtschaft

36 Mg. Land, 16 Mg. Wiese, gute Gebäude, Licht und Kraft. Offerten unter **4741** an das Ostland erbeten.

In Melchow (Bahnstrecke Berlin—Eberswalde) ist eine freundl.

Zwei-Zimmer-Wohnung

mit Nebengelaß zum 1. 4. 30 zu vermieten. Miete 40 M. monatl. **Kreis-Siedlungsgesellschaft Oberbarnim, Bad Freienwalde** (Od.)

Ca. 80 Morgen prima

Wiesenwirtschaft

alles in einem Plan an Gebäuden, erstkl. Lettboden, auch ohne Inventar, sehr günstig, wegen Krankheit und Doppelwirtschaft bei 5000 Anz. zu verkaufen. **P. Jesse, Lipke Nm.**

Villa

in Biesenthal, 2 Stockwerke je 3 Zimmer mit allem Zubehör, elektr. Licht, Wasserspülklosett, Garten und Vorgarten, Stall, Keller, Veranden. Preis 21000 Mark, Anzahlung 8000 Mark. **Steller,** Bürgermeister a. D.

Hausgrundstück

mit reichlichem Gartenland und freier Wohnung in Nennhausen steht zum Verkauf. Näheres beim **Kreisausschuß Westhavelland in Rathenow.**

Bis 2000 M.

gegen gute Zinsen sucht Ostmärker auf Siedlung von 70 Morgen. Gebe Wohnung u. 12000 M. Anzahlung als Sicherheit. Offerten unter **4747** an das „Ostland".

Ca. 2 Morgen großes bebautes

Grundstück

an Hauptstraße eines groß. Oderbruch-Ortes gelegen, geeignet als Landmaschinen-Werkstatt, Sägewerk, Gänsemästerei, Hühnerfarm. Elektr. Anschluß vorhanden. Sofort verkäuflich an schnell entschlossenen Käufer. Anzahlung 8000 M. Off. u. **4649** an das Ostland.

Massives 2stöckiges

Wohnhaus

bei Stettin m. Laden, fr. Wohn., groß. Stall usw., günst. bei ca. 10000 M. Anz. zu verk. **Anfrag. u. Gn. F. 1820 an Ala, Stettin I.**

Sichere Existenz!

Gutgehendes Geschäft f. nur 10000 M. Reichsschuldbuchforderungen nehme in Zahlung. **Scholz, Bln.-Charlottenburg,** Hardenbergstraße 39, Tel. Steinplatz 2978.

Ein sehr gut gehendes **Weiß-, Woll- u. Kurzwaren-Geschäft,** in Hauptverkehrsstraße einer pommersch. Stadt gelegen, ist altershalber zu verkaufen und bald zu übernehmen. Offert. unter **4742** an das Ostland erbeten.

Todesfallsh. ist ein alteingeführtes **Kolonialwaren-, Feinkost-, Zigarren- u. Spirituosen-Geschäft nebst Grundstück,** geräumiger Hof, viel Nebengelaß, in Kreis- und Gymnasialstadt der Uckermark zu **verkaufen.** Zur Übernahme des Grundstücks und Warenlagers sind 20000 M. erforderlich. Hypotheken od. Staatsschuldforderung, können als Anzahlung geleistet werden. Meldungen unter **N. 4503** an das Ostland erbeten.

Villen-Baugrundstück

mit Garten, baureif, i. Luftkurort Biesenthal b. Berlin, an Hauptstr., i. Nähe Bahnhof, Edelobst, viele Spargel-, Erdbeer-Anlagen, verk. **Konzagk,** Lehrer a. D., **Biesenthal** bei Berlin. Ortsgruppe am Orte.

Geschäftsgrundstück

gute Geschäftslage, dicht neben der Kaserne, leere Parterre-Wohnung, sofort zu verkaufen wegen Erbregulierung. Offerten an **M. Raschke, Züllichau,** Posener Str. 4

Besitz

gute Gebäude, 20 Mg. Land, 2 Kühe pp. Ford. 10000 M., Anz. 4000 M. Ferner Besitze jeder Größe, Gasthöfe, Objekte aller Art, gut und billig. Verlangen Sie Angebot. **H. Tiedjens, Schleswig,** Plessenstraße 15.

Zantoch Nm. 92

Grundstück, bestehend aus Vorder- u. Hinterhaus nebst Obstgarten und $3/4$ Mg. Land (Baustelle), zu verkaufen. Preis 10000 M., Anz. die Hälfte. Angebote an **Frau Rettig, Drossen.**

Schwingpflüge

einscharig, aus bestem Stahl,
ca. 32 kg für 1 Pferd,
ca. 36 kg für 2 Pferde
Stückpreis 23,— M.
frei jeder Bahnstation.
Bei 5 Stück 3 Mark pro Stück Ermäßigung, bietet an
Bruno Polster, Obernigk, Bez. Breslau.

Restaurations-grundstück

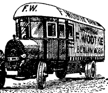
mit Materialwaren, Nähe Berliner Vororts, ist für 16000 M. bei 6000—8000 M. Anzahl. zu verkaufen. **Frau Loefflinger, Schöneicher Plan b. Mittenwalde (Mark),** Kreis Teltow.

In der alten Heimat Bromberg

befinden sich auf dem alten Friedhof in der Wilhelmstraße Hunderte von Gräbern, um die sich die verzogenen Angehörigen nicht kümmern. Diese Gräber sehen sehr traurig aus und verunzieren den schönen Friedhof. Wenn nicht Abhilfe geschaffen wird, werden diese Gräber eingeebnet und verlieren Angehörige das Anrecht über die Grabstellen zu bestimmen. Es wird höflichst gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß die Gräber wieder instandgesetzt und gepflegt werden, damit dieselben erhalten bleiben. — Anfragen bitte an mich zu richten und erhalten Sie genauen Bescheid über den Zustand des Grabes und deren Kosten für die Herstellung.

Albert Scheel, Friedhofsinspektor, [illegible]

Umzüge



per Auto,
Stadt, Land,
Bahn,
Lagerung,
Wohnungstausch

F. Wodtke

Transportgesellschaft m. b. H.
Berlin W 61, Teltower Straße 47.
Tel.: F 5 Bergmann 1616—1617
Landsleute Vorzugspreise!

Landgasthof mit Materialwaren, Saal m. Bühne, 2 Mg. Obstgarten, gute maß. Gebäude, allein in großem Gutsdorf. Preis 24000 M., Anzahlung 10000—15000 M.

Stadt-Bäckereigrundstück, 10000 Einw., zweistöck. maß. Gebäude, Schieferbedachung, 3 Zimmer, Gesellenstube frei, Brust-Ofen, Umsatz 7 Sack wöchentlich, nur Ladengeschäft. Hypotheken 5—6% auf 10 Jahre fest. Preis 29000 M., Anz. 5000—7000 M.

Erstes Hotel am Platze in einer Ausflugsstadt nahe Eberswalde, 4 Gastzimmer, 12 Fremdenbetten, 3 Privatzimmer, gr. Saal mit Bühne, Tankstelle, ist sofort krankheitshalber zu verk. Schuldbuchforderung oder gute Hypothek wird in Zahlung genommen. Preis 48000 M., Anz. 12000—15000 M.

Landwirtschaft, 45 Mg., davon 15 Mg. Pachtland, gute maß. Gebäude, elektr. Licht u. Kraft, 2 prima Pferde, 4 Rinder, Zuchtsau, Schweine u. Geflügel, totes Inventar kompl. Preis nach Vereinbarung, Anz. 6000 M.

Landwirtschaften von 20, 30, 45, 52, 70, 94, 110, 125, 160 bis 800 Mg., Geschäftsgrundstücke in jeder Branche zu verkaufen oder zu verpachten, Landgrundstücke m. Land von 2000 M. Anzahlung verkauft

Bernhard Albrecht, Eberswalde,

Brautstr. 13. Tel 59. Fr. Obornik (Posen). R. D. M.

Brauchen Sie Obstbäume

Rosen und dgl., dann verlangen Sie unverbindlich Preisliste von **Müller's Baumschulen, Schivelbein in Pom.** Größte Baumschulen des Reg.-Bez. Köslin und der Grenzmark. Früher von der Baumschule Jonowitz aus im Bezirk der Ans.-Kom. tätig. Ostmärker erhalten 10% **Rabatt.**

Teilhaber gesucht

zur Ablösung des bisherigen mit 15000 M. **Speditions-, Möbeltransport-, Kommissions- und Exportgeschäft i. Berlin,** Angebote unter **4708** an das Ostland erbeten.

Ostmärker! tretet unserer Ostbund-Sterbekasse bei. Näh. durch die Bundesleitg.

Laden

in bester Geschäftslage in aufblühendem Ort, **reiche** Umgegend, passend für **Putzgeschäft,** verbunden mit Damenschneiderei, z. vermieten. Offerten unter **4683** an das Ostland erbeten.

Wegen Zurruhesetzung verkaufe meine in der Kornkammer der Prignitz gelegene fast neue

Motor-Mühle

Leistung ca. 8 Tonnen, geräumiges Wohnhaus, 5 Morgen Land, Lage direkt an der Bahn Berlin—Hamburg. Angebote unter **4722** an das Ostland erbeten.

Goldgrube!

Kolonialwaren-, Schank-, Destillations-Geschäft, mit Auffahrt, in größerer Kreisstadt gelegen, unter günstig. Bedingungen zu verkaufen. Off. unter **4686** an das Ostland erbeten.

Zufallssache!

Grundstück, 278 Morg. prima Boden, davon 90 Morg. Grubenholzbestand, mit lebendem und totem Inventar, alles komplett, sofort für 55000 Mark bei 15000 M. Anzahlung zu verkaufen, 1 Stunde von Schneidemühl. **Auskunft durch Heiler, Schneidemühl,** Brunnenstraße 7, nur gegen Rückporto.

Kleines Restaurant

in modernem Neubau verkehrsreicher Lage Weißensees, zu vermieten. Off. unter **4691** an das Ostland erbeten.

Gutgehende

Landschmiede

a. Durchgangs-Chaussee mit maß. Gebäuden ist sofort zu verkaufen. **Konrad Schüler,** Schmiedemeister, **Bechlin b. Neuruppin.**

Landwirtschaft, 48 Mg., davon 17 Mg. Wiese, Licht, Kraft, Acker am Gehöft, 2 Pferde, 5 Milchkühe, 3 Zuwachs, 8 Schweine, totes Inventar komplett, Gebäude gut. Preis 25000 M., Anzahlung 10000—12000 M.

Landgasthof mit Saal, prima Gebäude, 13 Morg., sehr gutes Geschäft, Durchgangs-Chaussee. Preis 32000 M., Anz. 15000 M.

Landwirtschaft, 308 Mg., davon 45 Mg. Wiese, Weizenboden, Gebäude wie totes Inventar sehr gut, ohne lebendes Preis 55000 M., Anzahlung 12000—15000 M. Bestellt 16 Mg. Weizen, 52 Mg. Roggen. Licht, Kraft.

Heilemann, Stettin,

Nemitzer Str. 5. Früher Thorner Niederung

Verwertung von

Entschädigungs- u. Schuldbuchforderungen

Beratung, Vorschüsse,

Beleihung

Ankauf zu höchsten Kursen und schnellstens durch

Ostmärker-Aufbau G. m. b. H.

Dr. Polke. Bürgermeister a. D. Müller

jetzt: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B II

Tel. B 1 Kurfürst 2775.

Obstbäume

Schlingpflanzen, Ziersträucher, Stauden und **Dahlien** in reicher Auswahl. **Niedrige Rosen** in den besten, teils neuen Sorten: I. Wahl Stck. 0,60 M., 12 Stck. 7 M., 100 Stck. 50 M. II. Wahl Stck. 0,35 M., 12 Stck. 4 M., 100 Stck. 30 M. empfiehlt in bester Ware

M. Tessenow, Baumschule, **Retschow bei Bad Doberan i. Meckl.** (früh. Posen-Solatsch). Preisliste kostenlos zu Diensten.

Aus der Aufteilung des

Rittergutes Samitz

Kreis Goldberg-Haynau, Reg.-Bezirk Liegnitz,

sind mehrere Wirtschaften von 30 bis 150 Mg. mit leb. und totem Inventar **sehr preiswert abzugeben.**

Kirche, Schule u. Bahnhof am Ort, selten günstige Lage, Acker direkt am Gehöft, elektrisch Licht und Kraft.

H. Störmer, **Ritterg. Samitz,** Post Reisicht, Tel. Reisicht 15.

Bestattungs-Zentrale

Fritz Zweig jr.

(Mitglied des Deutschen Ostbundes)

Brandenburg (Havel)

Plauer Straße 24 — Fernruf 371

Erd- u. Feuerbestattungen

Größtes Lager in Särgen jeder Art und Preislage in Kiefer, Eiche, Metall. Übernahme sämtlicher Bestattungs-Angelegenheiten. Transporte von und nach allen Plätzen.

Die Rotkreuzküche

des Bezirksvereins vom Roten Kreuz „Berlin-West", Berlin W 15, Fasanenstraße 23,

verabreicht täglich außer Sonntags einen Mittagstisch zum Preise von **0,80 M.** (täglich Fleisch) und **0,35 M.** in der Zeit von 12—2 Uhr. Es wird darauf hingewiesen, daß die Mahlzeiten auch abgeholt werden können.

Wollsteiner!

Zwecks Gründung eines Vereins Zusammenkunft

Mittwoch, den 2. April d. Js.

abends 8 Uhr, im **Berliner Ratskeller,** Königstraße, Nische 11-12 (Bierabteilung).

Landgasthof mit 22 Mg. Land und Wiese, Saal, bei Wriezen. Preis 27000 Mark, Anzahlung 8000 Mark, Rest fest zu 6% Zinsen bis 15 Jahre. Hypothekenfrei.

Land-Kolonialwaren-Geschäft, ½ Konzession, mit 2¾ Mg. Land und Garten am Gehöft, Ia. massive Gebäude, gr. Umsatz. Preis 18000 Mark, Anzahlung 10000 bis 11000 Mark, Rest fest. Hypothekenfrei. Bei Wriezen.

Landgasthof, allein am Ort, mit 60 Mg. prima Land, Ia. massive Gebäude. Preis 55000 Mark, Anzahlung 15000—20000 Mark.

Kl. Landwirtschaft mit ca. 14 Mg. eigen, 18 Mg. Pacht, Licht u. Kraft, gutes Inventar. Preis 11000 M., Anzahl. nach Übereinkunft.

Pachtlandgasthof, 9 Mg. Land, b. Frankfurt/O., m. Parkettsaal. Erford. 4000—5000 M.

Landhaus mit 6 Zimmern, 1¾ Mg. Garten und Land am Gehöft. Preis 10500 Mark, Anzahlung 3000 Mark. Sofort beziehbar, da leer. Großes Dorf bei Wriezen.

Noch große Auswahl in allen Objekten.

Auskunft Stelzer, Neutrebbin Oderbruch. Rückporto. Telephon 113.

Verpachte

329 Mg. Landwirtschaft

212 Mg. prima Koppel, Rest schwerer Roggenboden, 5 Pferde, 40 Stück Rindvieh eisernes Inventar, 200 Jahre im Familienbesitz, Pachtdauer 15 Jahre, Pachtpreis 1½ Ztr., erforderlich ca. 20000 M.

52 Mg. Landwirtschaft

Uckermark, davon 16 Mg. prima Wiesen, 2 Pferde, 6 Stück Rindvieh, 2 Zuchtsauen mit 21 Ferkel, 4 Läufer, 50 Jahre Familienbesitz, Pachtpreis 1½ Ztr., erf. 7000 M.

115 Mg. Landwirtschaft

Weizenboden, 3 Pferde, 16 Stück Rindvieh, eisernes Inventar, Pachtpreis 1½ Ztr., erforderlich 10000 M.

Bei allen Wirtschaften liegt das Land in einem Plan am Hause, elektr. Licht und Kraft vorhanden. Sämtliche Objekte sind auch verkäuflich. Näheres durch

Pantel, Oranienburg, Mühlenfeld 6, Teleph.: Oranienburg 2730.

Polnische Hypotheken

Forderungen, Wertpapiere, Grundstücke in Polen kauft für das

Hypotheken- und Handelshaus Edmund Suwalski, Bydgoszcz (Polen)

Emil Wollenberg, Bln.-Charlottenburg, Mommsenstraße 46. Tel. Bismarck 4663.

Nudel- und Maccaronifabrik

in der Niederlausitz, betriebsfähig, mit kompletten Maschinen, für ca. 7000 Mark verkäuflich. Billige Mietsräume mit elektr. Kraft und Wohnung vorhanden.

Ostmärker-Aufbau G. m. b. H.

Berlin W 9, Potsdamer Str. 22b

Telephon: B 1, Kurfürst 2775

Optiker Stephan

Berlin SO, Schlesische Straße 39-40

Telephon: Moritzplatz 4273

Kostenlose Augenuntersuchung

Fachmännische Bedienung

Reparaturen sofort

Eig. Werkstatt im Hause

Lieferant für Krankenkassen

Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost

Zu verkaufen i. Brandenburg, Grenzmark und Schlesien!

Rentengüter

40 bis 80 Mg., mit Inv. und schlüsselfertigen Gebäuden. 8000 bis 14000 M. Anzahlung.

Restgüter verschiedener Größen.

Übernahme zum 1. 4. 1930. Zuzug evtl. vorher. Langfristige niedrige Resthypothek, meist 1 Freijahr. — Näheres durch

Deutsche Ansiedlungsbank

Berlin-Halensee, Geesener Straße 30.

Möbeltransporte



in Berlin und nach außerhalb per Bahn und Automöbelwagen, Wohnungstausch, Lagerung.

Steglitzer Straße 91, Fernsprecher: Lützow 94 u. 6798

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 — Fernruf: Steinplatz 8031 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Krebel, Berlin-Friedenau. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW, Zimmerstraße 7/8.